

Lagebild Verfassungsschutz



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort Innenminister Klaus Bouillon	4
I. Der Verfassungsschutz im Saarland	6
1. Gesetzliche Grundlage	6
2. Aufgaben	6
2.1 Beobachtungsaufgaben	6
2.2 Mitwirkungsaufgaben	6
3. Arbeitsweise	7
4. Kontrolle	8
5. Aufbauorganisation des LfV Saarland	9
II. Rechtsextremismus	10
1. Allgemeines	10
1.1 Ideologie	10
1.2 Entwicklung/Tendenzen	10
1.3 Personenpotenzial	12
1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit rechtsextremistischem Hintergrund	13
2. Einzelaspekte	15
2.1 Organisierter Rechtsextremismus	15
2.1.1 Rechtsextremistische Parteien	15
2.1.1.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	15
2.1.1.2 Partei „Die Rechte“	21
2.1.1.3 „Freie Bürger Union“ (FBU) Landesverband Saar	22
2.1.1.4 Partei „Der Dritte Weg“	22
2.1.2 Sonstige Zusammenschlüsse und Projekte	24
2.1.2.1 „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)	24
2.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten, insbesondere Skinhead-/Kameradschafts-Szene	25
2.2.1 Skinhead-Subkultur/„Hammerskins“ (HS)	25
2.2.2 „Kameradschaft Sturmdivision Saar“	26
2.3 Rechtsextremistische Musikszene und Veranstaltungen im Saarland	27
2.4 Sonderfall „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“	28
III. Linksextremismus	29
1. Allgemeines	29
1.1 Ideologie	29
1.2 Entwicklung/Tendenzen	30
1.3 Personenpotenzial	31
1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	32

2.	Einzelaspekte.....	33
2.1	Organisierter Linksextremismus.....	33
2.1.1	Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	34
2.1.2	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	35
2.2.	Gewaltorientierter Linksextremismus.....	36
2.2.1	Autonome Szene.....	36
2.2.2	Antiimperialistische Szene.....	47

IV. Ausländerextremismus (ohne Islamismus/Islamistischer Terrorismus)..... 48

1.	Allgemeines.....	48
1.1	Ideologie.....	48
1.2	Entwicklung/Tendenzen.....	48
1.3	Personenpotenzial.....	49
1.4	Politisch motivierte Kriminalität (PMK).....	50
2.	Einzelaspekte.....	51
2.1	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).....	51
2.1.1	Allgemeine Lage, Entwicklung.....	51
2.1.2	Struktur.....	54
2.1.3	Veranstaltungen/Aktivitäten der saarländischen Anhängerschaft.....	56
2.2.	„Ülkücü-Bewegung („Idealisten-Bewegung“).....	58
2.2.1	Entstehung, Entwicklung.....	58
2.2.2	Struktur.....	58
2.3	„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE).....	59
2.3.1	Allgemeine Lage, Entwicklung.....	59
2.3.2	Struktur, Aktivitäten in Deutschland.....	60

V. Islamismus/Islamistischer Terrorismus 60

1.	Allgemeines.....	60
1.1	Ideologie.....	60
1.2	Entwicklung/Tendenzen.....	62
1.3	Personenpotenzial.....	64
1.4	„Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK).....	65
2.	Einzelaspekte.....	66
2.1	Islamistischer Terrorismus.....	66
2.2	Islamismus im Saarland.....	67

VI. Spionage-/Sabotageabwehr, Wirtschaftsschutz..... 68

Anhang..... 72



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

durch eine Reihe von Anschlägen in 2016 hat sich gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin im Visier islamistischer Terroristen steht. Trauriger Höhepunkt war der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt, bei dem es 12 Tote und eine Vielzahl von Verletzten gegeben hat. Die Taten belegen unter anderem die Gefährlichkeit von fanatisierten Gruppen, aber auch Einzelpersonen mit Kontakten zum sogenannten „Islamischen Staat“, die mit multiplen und unkalkulierbaren Anschlagsszenarien Menschen töten und versuchen, unser freiheitlich-demokratisches Wertesystem nachhaltig zu destabilisieren. Dem muss mit aller Entschlossenheit begegnet werden.

Die Sicherheitsbehörden in unserem Land sind gut aufgestellt. Gleichwohl sind sie aufgrund der anhaltend hohen Terrorgefahr einem immens hohen Aufklärungsaufwand ausgesetzt, um den Gefahren für unsere Demokratie wirkungsvoll zu begegnen und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Mit dem Ziel, größtmögliche Sicherheit einerseits und möglichst weitgehende individuelle Freiheit andererseits zu garantieren, muss versucht werden, solche Terrorszenarien zu vermeiden. Um dies zu erreichen, gilt es unter anderem die bestehende Sicherheitsarchitektur weiterzuentwickeln, aber auch notwendige gesetzgeberische Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Das Saarländische Landesamt für Verfassungsschutz ist eine tragende Säule der Sicherheitsarchitektur in unserem Bundesland. Nur mit einem starken Verfassungsschutz ist ein effektiver Schutz der Menschen in unserem Land und der Werte, für die unsere Gemeinschaft eintritt, möglich. Mit dem nun vorliegenden Lagebild Verfassungsschutz für das Jahr 2016 dokumentiert der saarländische Verfassungsschutz auch seine transparente Ausrichtung, in dem er allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse seiner Beobachtungstätigkeit anschaulich darstellt.

Der Bericht beleuchtet unter anderem die Beobachtungsfelder in den Phänomenbereichen Rechts-/Links-/Ausländerextremismus sowie Islamismus. Im Ergebnis ist auch in 2016 eine Zunahme rechtsextremistisch motivierter, ausländerfeindlicher Straftaten zu verzeichnen. Darüber hinaus wurde ein signifikanter Anstieg von Straftaten mit islamistischem Hintergrund registriert.

Insgesamt belegen die Ergebnisse die wichtige Bedeutung der Beobachtungstätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und unterstreichen den unverzichtbaren Beitrag, den die Behörde als sogenanntes „Frühwarnsystem“ bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit erbringt. Daher möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des saarländischen Landesamtes für Verfassungsschutz für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz für den Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ganz herzlich bedanken.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Klaus Bouillon', written in a cursive style.

Klaus Bouillon
Minister für Inneres,
Bauen und Sport

I. Der Verfassungsschutz im Saarland

1. Gesetzliche Grundlagen

Die wichtigste gesetzliche Handlungsgrundlage für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist das Saarländische Verfassungsschutzgesetz (SVerfSchG). Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger unterliegen den rechtsstaatlichen Grundsätzen des Gesetzesvorbehalts sowie der Verhältnismäßigkeit und sind gerichtlich nachprüfbar.

2. Aufgaben

2.1 Beobachtungsaufgaben

Die zentralen Aufgaben des LfV sind im § 3 Abs. 1 SVerfSchG zusammengefasst. Hiernach beobachtet das LfV

- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG) gerichtet sind.

Die Beobachtung durch das LfV erfolgt durch gezielte planmäßige Sammlung und Auswertung von Informationen. Die Auswertungsergebnisse werden dem Ministerium für Inneres und Sport regelmäßig und umfassend übermittelt, um die Landesregierung in die Lage zu versetzen, Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von Absatz 1 zutreffend beurteilen zu können und entsprechende Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Darüber hinaus dient die Übermittlung auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1.

2.2 Mitwirkungsaufgaben

Neben den beschriebenen Beobachtungsaufgaben hat der Verfassungs-

schutz noch sogenannte Mitwirkungsaufgaben. So wirkt das LfV auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen nach § 4 SVerfSchG ferner mit bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind. Die Befugnisse des LfV im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen sind im „Saarländischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ geregelt. Zu den weiteren Aufgaben des LfV zählt u. a. die Beantwortung von Anfragen der zuständigen Stellen im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 7 Luftsicherheitsgesetz und nach § 12 b Atomgesetz, im Rahmen des Visumverfahrens und bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen nach § 73 Aufenthaltsgesetz sowie im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens.

3. Arbeitsweise

Die Informationsgewinnung des LfV erfolgt sowohl in offener wie auch in verdeckter Form. Bei der offenen Beschaffung von Informationen werden aus offen zugänglichen Quellen, die in der Regel auch jedem Bürger zur Verfügung stehen (Printmedien wie z. B. Zeitungen, Zeitschriften, Plakate, Flugblätter etc. sowie elektronische Medien wie z. B. Internet, Rundfunk, Fernsehen etc.) Informationen erhoben. Darüber hinaus darf das LfV auch Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln verdeckt erheben. Hierzu zählen die in § 8 SVerfSchG aufgeführten Mittel wie z. B. das Führen verdeckt eingesetzter Personen, die planmäßige Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Der Verfassungsschutz trägt als wichtige Säule der deutschen Sicherheitsarchitektur mit dazu bei, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Deshalb arbeitet das LfV im Verfassungsschutzverbund mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie den übrigen Landesbehörden für Verfassungsschutz eng und vertrauensvoll zusammen. Das LfV hat keine polizeilichen Befugnisse und ist auch gegenüber polizeilichen Einrichtungen nicht weisungsbefugt. Es darf auch nicht die Polizei im Rahmen der Amtshilfe ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, zu denen es selbst nicht befugt ist. Dies schließt jedoch einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht aus. Das oben beschriebene Trennungsgebot beinhaltet kein Zusammenarbeitsverbot. Gerade vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit festgestellten Defizite im Austausch von Informationen zwischen Nachrichtendiensten, Polizei und Justiz wurden verschiedene Zusammenarbeitsforen eingerichtet, die sich bis heute bewährt haben. Hierzu zählt insbesondere das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin, das der Aufklärung und Abwehr des isla-

mistisch motivierten Terrorismus dient. Das GTAZ hat maßgeblich zu einem verbesserten Informationsfluss zwischen den beteiligten Behörden beigetragen. Um dies auch auf andere Phänomenbereiche zu übertragen, wurde das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) gegründet, das seinen Standort mittlerweile in Köln hat. Schwerpunkt der dortigen Zusammenarbeit ist die Bekämpfung des Rechts-, Links und des sonstigen Ausländerextremismus, der nicht islamistisch motiviert ist, sowie die Spionageabwehr. Auch im Saarland wird im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten ein enger Austausch zwischen den Sicherheitsbehörden praktiziert. So arbeitet das LfV im Wege des Informationsaustausches eng und vertrauensvoll mit dem Landespolizeipräsidium zusammen.

4. Kontrolle

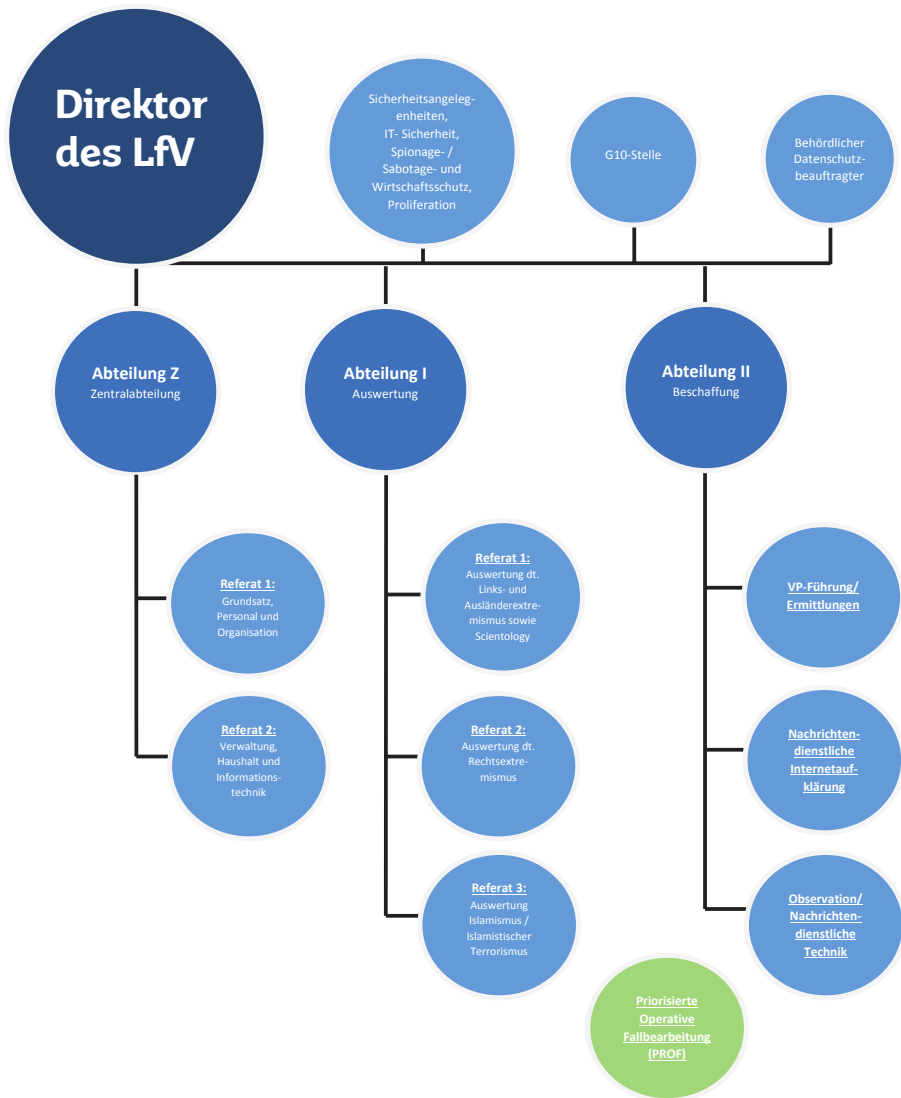
Der Verfassungsschutz ist an klare gesetzliche Vorgaben gebunden. Sein Verwaltungshandeln ist wie bei allen anderen Behörden gerichtlich nachprüfbar.

Über die innerbehördlichen Kontrollmechanismen (z. B. behördlicher Datenschutzbeauftragter, Geheimschutzbeauftragter) und die Dienst- und Fachaufsicht durch das saarländische Ministerium für Inneres und Sport hinaus wird die Tätigkeit des LfV fortlaufend überwacht durch

- den Landtagsausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes, gleichzeitig auch Kontrollgremium des Landtages nach G 10,
- die G10-Kommission des Landtages, bei Anordnungen zur Telekommunikationsüberwachung,
- richterliche Kontrolle bei Maßnahmen im Schutzbereich des Art. 13 GG,
- die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- den Rechnungshof des Saarlandes.

Das LfV ist darüber hinaus auf Antrag verpflichtet, anfragenden Bürgerinnen und Bürgern Auskunft zu den zu ihrer Person gespeicherten Daten zu geben (§ 21 SVerfSchG). Eine Auskunft unterbleibt nur dann, wenn ein in Absatz 2 dieser Vorschrift ausdrücklich genannter Verweigerungsgrund vorliegt. In einem solchen Ausnahmefall werden die Anfragenden darauf hingewiesen, dass sie die Richtigkeit der Speicherungen durch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit überprüfen lassen können. Selbstverständlich unterliegen Maßnahmen des LfV, hinsichtlich derer Betroffene geltend machen, in ihren Rechten verletzt zu sein, auch der gerichtlichen Kontrolle.

Aufbauorganisation des LfV Saarland



II. Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Rechtsextremisten bemessen den „Wert eines Menschen“ vorrangig nach seiner Zugehörigkeit zu einer Ethnie, einer Nation oder einer Rasse. Die so „ethnisch-rassistisch“ definierte und angestrebte „Volksgemeinschaft“ bietet keinen Platz für die zentralen Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Vielmehr durchziehen die Elemente Fremden- und Islamfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Leugnung des Holocaust, Geschichtsrevisionismus sowie eine ausgeprägte Demokratiefeindlichkeit das durchaus vielschichtige Agitieren und Agieren der rechtsextremistischen Szene.

1.2 Entwicklung / Tendenzen

Wie schon 2015 betrafen auch 2016 die menschenverachtenden Argumentations- und Handlungsmuster der Rechtsextremisten facettenreich vor allem die Situation um die in der Bundesrepublik Deutschland Schutzsuchenden Asylbewerber und Flüchtlinge. Nicht nur Vorurteile und Ressentiments gegenüber Asylanten/Flüchtlingen wurden kreierte und geschürt; auch das Verächtlichmachen von politisch Verantwortlichen gehörte zum Handlungsrepertoire.

Insbesondere die islamistischen Terroranschläge und Attacken des vergangenen Jahres im In- und benachbarten Ausland boten der rechtsextremistischen Szene willkommene Ansatzpunkte für ihre fremden- und regierungsfeindliche Agitation. Dabei wurden irrationale Ängste und alte Vorurteile bedient sowie das Misstrauen gegenüber Politikern und Medien („die da oben“ – „Lügenpresse“) geschürt. Allerdings gelang es dem rechtsextremistischen Spektrum offensichtlich nicht, die Bevölkerung mit seinen Scheinlösungen für die mit der Flüchtlingskrise verbundenen Fragen („Grenzen schließen“, „ausweisen“) zu überzeugen. Die Fortsetzung der auf Vorurteilen aufbauenden, zum Teil verschwörungstheoretisch unterlegten und einzig an den eigenen verfassungsfeindlichen Zielsetzungen orientierten Stimmungsmache brachte nicht die von der Szene erhofften Erfolge. Auch das Agitieren mit Häme für Repräsentanten des Rechtsstaates sowie der Verachtung für demokratische Institutionen, z. B. wurden Politiker der sogenannten „Altparteien“ als „Volksverräter“ denunziert, nutzte den Rechtsextremisten nicht.

Um gesellschaftspolitisch punkten zu können, griffen saarländische Rechtsextremisten aber noch weitere emotional besetzte Themen auf. So richtete sich ihre Propaganda u. a. gegen die Rundfunkbeiträge („GEZ-Schluss mit

der Abzocke!“) sowie gegen „Kindesmissbrauch“ („Pascal Zimmer - Wir vergessen niemals!“) und widmete sich gesundheitspolitischen Themen („Die Gesundheit der Bürger darf nicht den Konzernen geopfert werden! Deshalb muss Glyphosat verboten werden!“) ebenso wie der Frage der Windkraftnutzung („Kein Windkraftwerk im Burbacher Wald“).

Hinsichtlich der Mobilisierung bzw. des öffentlichen Auftretens des rechts-extremistischen Spektrums war 2016 im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Abschwächung festzustellen. In der Regel handelte es sich um Aktionen mit geringer personeller Beteiligung und Außenwirkung. Erneut wurden die Anti-Asyl-Aktionen zunächst fast ausschließlich von der Saar-NPD und ihren Tarn-Gruppierungen „Saarländer gegen Salafisten“ (SageSa) sowie „Bündnis Saar“ getragen.

Vor allem das „Bündnis Saar“ verbreitete ureigene NPD-Positionen. Kopf und Motor war dabei die Vorsitzende des NPD-Ortsverbandes Burbach Jacqueline S. Diese versuchte, mit ihrer Gruppierung - mehr oder minder deutlich - vorhandene lokale bürgerliche Proteste aufzugreifen (wie zuletzt gegen Windkraftwerke im Burbacher Wald), oder kopierte überregionale Aktionen (z. B. das Sammeln von Sachspenden für deutsche Obdachlose bzw. für Kinder sozialschwacher deutscher Familien). Parallel zu ihren NPD-Aktivitäten, die sowohl auf der Straße wie auch in den sozialen Netzwerken stattfanden, pflegte S. zudem überregionale Kontakte zu extremistischen Organisationen auch außerhalb des nationaldemokratischen Spektrums.

SageSa startete zwar tatkräftig ins Jahr 2016, es gelang der NPD aber auch mit dieser Tarnorganisation nicht, die Agitationsbasis zu verbreitern und neue Anhänger aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen. Zudem stieß SageSa vermehrt auf Proteste des bürgerlichen und des linksextremistischen Lagers. In der zweiten Jahreshälfte brachen die SageSa-Aktivitäten förmlich ein.

Etwa zur Jahresmitte waren im Saarland auch Aktionen der neonazistischen Partei „Der Dritte Weg“ zu verzeichnen, die wie die Partei „Die Rechte“ versuchte, im parteigebundenen Rechtsextremismus zu punkten und eigene Strukturen aufzubauen.

Als Reaktion auf die Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln entstanden bundesweit zahlreiche „Bürgerwehren“, um angesichts einer vermeintlich überforderten Polizei den Schutz der Bürger zu gewährleisten. Parallel dazu wurde in den sozialen Netzwerken z. T. heftig über ausländische Täter bzw. Täter mit Migrationshintergrund sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung debattiert. Auch hiesige Rechtsextremisten versuchten unter diesem Tenor, vermeintliche oder tatsächlich empfundene Bedrohungen

in ihrem Sinne zu instrumentalisieren, um u. a. den Staat verächtlich zu machen und dessen Handlungsfähigkeit infrage zu stellen. Hinweise auf Versuche saarländischer Rechtsextremisten, solche „Bürgerwehren“ selbst zu initiieren oder im Einzelfall eine vorhandene „Bürgerwehr“ zu unterwandern bzw. zu steuern, fielen allerdings nicht an.

Vom 1. bis 3. März fand vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe die mündliche Verhandlung des am 2. Dezember 2013 durch den Bundesrat eingeleiteten Verbotsverfahrens gegen die NPD statt. Dabei stellte der zuständige Zweite Senat des BVerfG u. a. fest, dass mit der Abschaltung der Quellen in den Bundes- und Landesvorständen der NPD und durch weitere staatliche Vorkehrungen zur Rechtsstaatlichkeit ein faires Verfahren gegeben sei. Mit Urteil vom 17. Januar 2017 wies das BVerfG den Verbotsantrag des Bundesrates wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung der verfassungsfeindlichen NPD-Ziele einstimmig als unbegründet zurück. Nach Ansicht des Gerichts sei die NPD zwar darauf ausgerichtet, die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO) zu beseitigen, sie sei aber derzeit zu bedeutungslos, um die fdGO ernsthaft in Gefahr bringen zu können.

Noch im Vorfeld dieser Entscheidung hatte die Saar-NPD die für März 2017 terminierte Landtagswahl ins Visier genommen. Sie stellte im November ihre diesbezüglichen Kandidatenlisten auf und sammelte die zum Wahlantritt erforderlichen Unterstützungsunterschriften.

Im Spätherbst rückte das Thema „Reichsbürger“ zunehmend in den öffentlichen Fokus und führte Ende November zur Einrichtung eines entsprechenden Sammelbeobachtungsobjektes der Verfassungsschutzbehörden (vgl. unter 2.4).

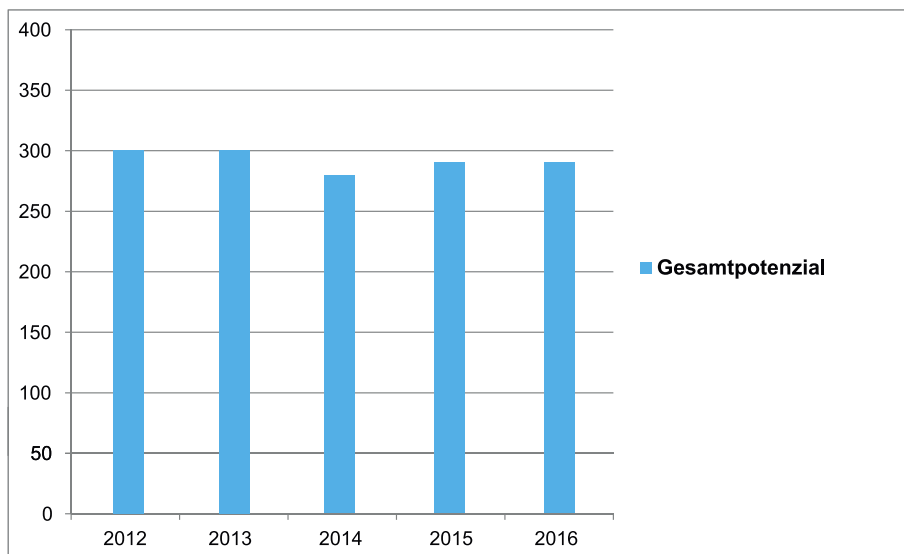
1.3 Personenpotenzial

Die Zahl der erkannten Rechtsextremisten im Saarland blieb mit insgesamt 290 Personen auf dem Vorjahresniveau. Mit rund 240 Personen (2015: 230) ist das Gros im organisierten Rechtsextremismus mit den Parteien NPD (90 - 2015: 90) und „Die Rechte“ (25 - 2015: 0) sowie kleineren Gruppierungen zu verorten.

Rund 30 Personen des gesamten Personenpotenzials sind als gewaltorientiert eingestuft (2015: 40), bei rund 20 Personen ist eine neonazistische Ausrichtung zu erkennen (2015: 20).

Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtpotenzial	300	300	280	290	290



1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit rechtsextremistischem Hintergrund

Die Gesamtzahl der bekannt gewordenen rechtsextremistisch motivierten Straftaten überstieg 2016 mit 253 das „Vorjahreshoch“ von 226. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen – wie seit Jahren festzustellen – mit rund 80 % (Vorjahr: 86 %) den überwiegend Anteil dieser Straftaten aus.

Die Zahl der darin enthaltenen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten sank von dreizehn auf acht. Hierbei handelte es sich um fünf situativ bedingte Körperverletzungsdelikte, einen versuchten Totschlag, eine schwere Brandstiftung und einmal um Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Außer dem Widerstandsdelikt hatten alle Gewalttaten eine fremdenfeindliche Ausrichtung.

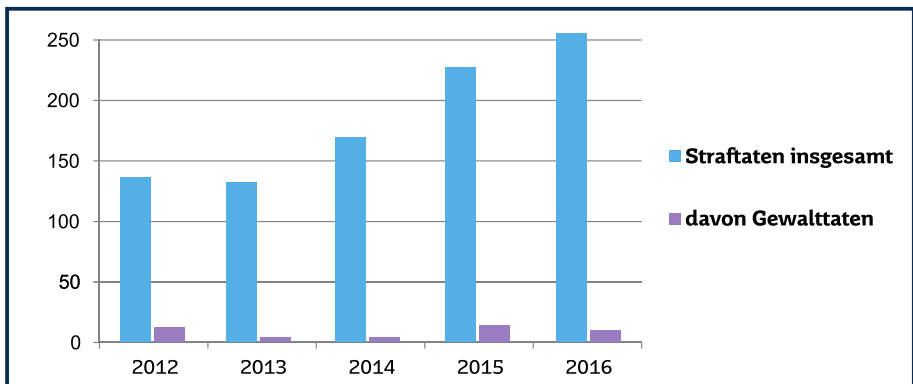
Mit Blick auf die asyl-/flüchtlingsfeindlichen Agitationen der rechtsextre-

mistischen Szene ist festzuhalten, dass von den 101 fremdenfeindlichen Straftaten im Saarland 61 (darunter zwei Gewaltdelikte) Bezüge zum Thema Flüchtlinge aufwiesen.

Nach wie vor war keine Zunahme der Gewaltbereitschaft bei den bekannten Angehörigen der hiesigen rechtsextremistischen Szene zu verzeichnen. Die im Rahmen der Ermittlungen zu den sieben fremdenfeindlichen Gewalttaten bekannt gewordenen Tatverdächtigen hatten alle keinen Vorlauf in der rechtsextremistischen Szene und wurden dem LfV erstmals durch die von ihnen begangenen Straftaten bekannt.

Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Saarland in den letzten fünf Jahren

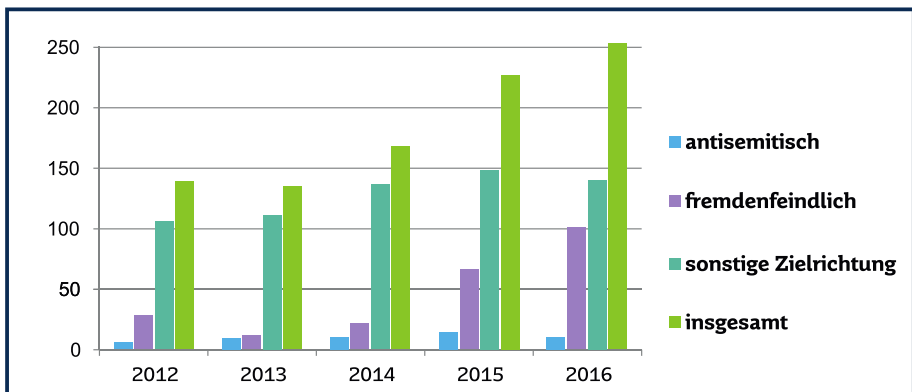
	2012	2013	2014	2015	2016
Straftaten insgesamt	138	134	168	226	253
davon Gewalttaten	12	2	2	13	8



Die Verteilung nach Zielrichtung der Straftaten ergibt folgendes Bild:

Straftaten nach Zielrichtung

	2012	2013	2014	2015	2016
antisemitisch	5	10	11	14	11
fremdenfeindlich	28	12	21	64	101
sonstige Zielrichtung	105	112	136	148	141
insgesamt	138	134	168	226	253



2. Einzelaspekte

2.1 Organisierter Rechtsextremismus

2.1.1 Rechtsextremistische Parteien

2.1.1.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Die soziale
HEIMATPARTEI

Struktur/Organisation

Die dem NPD-Verbotsverfahren geschuldete äußerst geringe Beobachtungsintensität hat erwartungsgemäß zu einem nur lückenhaften und nur bedingt belastbaren Erkenntnisstand geführt. Hinsichtlich der strukturellen Gliederung der Partei waren zudem sich teilweise widersprechende Eigenangaben festzustellen. So soll beispielsweise am 15. Juli der NPD-Kreisverband Merzig mit dem Vorsitzenden Gerhard B. gegründet worden sein. Dagegen vermeldet die offizielle Website der Landespartei bis heute lediglich die Existenz der drei Kreisverbände Saarbrücken, Saar-West sowie Saarpfalz

und weist B. als stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Saar-West aus.

In der Gesamtzahl hat sich im vergangenen Jahr bei den bei der Kommunalwahl 2014 erzielten fünf NPD-Mandaten (Regionalversammlung Saarbrücken, Stadträte Saarbrücken und Völklingen, Bezirksrat Saarbrücken-West und Ortsrat Völklingen) nichts geändert. Zu verzeichnen war lediglich eine neue Personalie. Mitte April legte Thorsten K. seine Mandate im Stadtrat und Ortsrat in Völklingen nieder. Auf beiden Positionen rückte Sascha P. nach.

Mitgliedertpflege/-schulung

Die üblichen Veranstaltungen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls mit einem Neujahrsempfang, dem „Politischen Aschermittwoch“ und einer Weihnachtsfeier standen auch 2016 auf der Agenda der Saar-NPD. Zudem wurde die Reihe der monatlichen „politischen Gesprächskreise“ in gewohnter Weise in der Form interner Treffen ohne Außenwirkung fortgesetzt.

Politischer Aschermittwoch
mit dem bekannten
Liedermacher Frank Rennicke



10. Februar 2016

Beginn 18.30 Uhr - Einlass ab 17.30 Uhr

Festhalle Bischmisheim

Friedrich-Ebert Straße 32 – 66132 Saarbrücken

Eintritt: VK 10 € - AK 12 €

Die Veranstaltungen sind kostenlos, wenn Neuzugangsmittel erhältlich für die Mitglieder zum Eigenbedarf, sind in der Regel 120 nach Buchungen (Karte) von der Halbeseele Bischmisheim in die Festhalle 66132 in einem.

Veranstalter: NPD Landesverband

Der vermutlich handverlesenen Einladung zu einem Neujahrsempfang mit vorausgegangenem Landesparteitag am 9. Januar in Saarbrücken (VHS-Zentrum am Schloss) waren rund 60 Personen gefolgt. Im Mittelpunkt des Landesparteitages stand die satzungsgemäß vorgesehene Neuwahl des Landesvorstandes. Dabei wurde Peter M. erwartungsgemäß als Landesvorsitzender bestätigt. In seinem Rechenschaftsbericht

resümierte M. die Arbeit seines Landesverbandes als durchaus erfolgreich und wiederholte die bekannte Aussage, die NPD sei „die einzig wahre Alternative im bundesdeutschen Parteienspektrum“. Gast des Neujahrsempfangs war der in Völklingen beheimatete NPD-Parteivorsitzende Frank F. In seiner kurzen Ansprache prognostizierte dieser seiner Partei eine „positive Zukunft“. M. thematisierte insbesondere die Ereignisse der Kölner Silvesternacht, die er als „abzusehende Konsequenz“ der von der Bundesregierung propagierten „Willkommenskultur“ bezeichnete.

Rund 80 Personen besuchten am 10. Februar in Saarbrücken-Bischmisheim (Festhalle) den „Politischen Aschermittwoch“ der Saar-NPD. Den Hauptteil der politischen Redebeiträge bestritt der NPD-Landesvorsitzende. Thematischer Schwerpunkt seiner Ausführungen war die Flüchtlingspolitik. In bekannter Manier sprach er von „Asylbetrug“ und der „fortschreitenden Islamisierung Deutschlands“. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte

der bekannte rechtsextremistische „Barde“ Frank R. (Hof/Saale). Grillfeiern unter dem Label des NPD-Ablegers SageSa am 28. März am Burbacher Weiher und gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Pendant „Pfälzer Spaziergänge“ am 5. Mai in Herschberg rundeten die identitätsstiftenden geselligen Veranstaltungen ab.



Über dieses Standardrepertoire hinaus führte die Saar-NPD am 20. März eine „Grundlagenschulung“ für „Neumitglieder, Mitglieder und Interessenten“ in Saarbrücken durch. Als Referenten waren Stefan L., Beisitzer im Berliner NPD-Landesvorstand und wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Parteizentrale, sowie Ronny Z. (Cottbus), stellvertretender Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Brandenburg und für den Geschäftsbereich Bildung im NPD-Parteivorstand zuständig, angereist.

Mitte Mai warb der NPD-Kreisverband Saarpfalz auf seiner Facebook-Seite für die von der NPD-Bundesgeschäftsstelle herausgegebene Informations- und Schulungsbroschüre mit dem Titel „Der Islam – Ein Beitrag zur Frage: Gehört der Islam zu Deutschland?“.

Weitere nennenswerte regionalpolitische Aktivitäten

Zu den Propagandaaktivitäten der Saar-NPD und ihres Ablegers „Bündnis Saar“ gehörten im vergangenen Jahr auch knapp zwanzig Informationsstände und Mahnwachen. Die lokalen Schwerpunkte lagen mit dem Platz vor der Europagalérie, dem Marktplatz in Burbach sowie dem Pariser Platz in Malstatt erwartungsgemäß in der Landeshauptstadt. Zudem traten die Nationaldemokraten zum Jahresende mehrfach in den Mittelzentren Völklingen, Saarlouis und Neunkirchen auf, um u. a. die zum Antritt bei der saarländischen Landtagswahl benötigten Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dabei gefertigte Fotodokumentationen erschienen zeitnah auf den einschlägigen Facebook-Seiten der Partei.

Vom 8. bis 10. Juli tagte der bundesweite „Arbeitskreis Christen in der NPD“ in Saarbrücken. Unter den Teilnehmern der geschlossenen Veranstaltung befand sich zeitweise auch der NPD-Landesvorsitzende. Referent war u. a. der ehemalige evangelische Pfarrer Willi B. (Bruchsal). Er sprach zu dem Thema „Der Kampf um Gott, Allah und die Welt“. B. befasste sich unter der Überschrift „Religion-Kirche-Vaterland“ mit der Historie der beiden deutschen Amtskirchen und kritisierte deren Entgegenkommen gegenüber dem



Islam als „falsch verstandene Nächstenliebe“. Vom 19. bis 21. August fand in Saarbrücken eine weitere „Sommeruniversität“ der Saar-NPD statt, zu der man nach zweijähriger Abstinenz wieder eingeladen hatte. An der Veranstaltung unter dem Motto „Europa wehrt sich!“ beteiligten sich etwa 40 Personen; etwa die Hälfte waren Mitglieder der Saar-NPD. Die Moderation der Veranstaltung übernahm der saarländische NPD-Vorsitzende. Erster Referent war der Heidelberger Buchautor Jonathan S., alias Johannes S.. In seinem Beitrag mit dem Titel „Untergang oder Rückeroberung“

forderte er u. a. eine strikte Trennung der verschiedenen Kulturen und Rassen. Im Weiteren sprach er von „den Gefahren der aktuellen Flüchtlingswelle für die westlichen Kulturen“ und prognostizierte deren Untergang, wenn diesbezüglich nicht entschlossen gehandelt werde. Der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Saar-West B. referierte zum Thema „Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft“. Der gelernte Lebensmittel-Ingenieur schilderte u. a. negative Folgen der Massenproduktion, plädierte für mehr Nachhaltigkeit und einen sorgsamen Umgang mit Energie bei der Nahrungsproduktion. „Der Widerstand in Flandern gegen Islamisierung“ lautete das Thema des Beitrages des flämischen Aktivisten Jan V. Dieser sah die hohen Flüchtlingszahlen als mitverantwortlich für „die stetig steigende Islamisierung“ und eine daraus resultierende „steigende Terrorgefahr“. V. bilanzierte zugleich aber auch einen wachsenden Widerstand gegen diese Entwicklung in der belgischen Bevölkerung. In diesem Kontext zeigte er Bilder und Videos von Demonstrationen. Ariane M. (Bornheim/NW), Mitglied des NPD-Parteivorstandes, sprach zu dem Thema „TTIP – Die Folgen für Europa“. Sie agitierte in bekannter NPD-Manier gegen „die Fremdbestimmung Deutschlands“ durch die USA. Abgerundet wurde das Veranstaltungsgeschehen mit einer Grillfeier und einem „Kameradschaftsabend“. Für die musikalische Untermalung sorgte der Bretonne Pierre-Yves L. G. Auf eine begleitende öffentlichkeitswirksame Außendarstellung hatte die Partei im Vorfeld und während des Verlaufs der „Sommeruniversität“ verzichtet.

Am 29. Oktober beteiligten sich einige NPD- und SageSa-Aktivistinnen am sogenannten „Marsch für das Leben“ des Aktionskomitees „Christen für das Leben“ (kein Beobachtungsobjekt) durch die Saarbrücker Innenstadt.

Wie alljährlich fanden sich auch 2016 Nationaldemokraten zu einem kurzen „Heldengedenken“ im „Deutsch-Französischen Garten“ (DFG) in Saarbrücken ein. Am 13. November legten sie -von der Öffentlichkeit unbemerkt- am dortigen Ehrenmal einen Kranz mit Schleifen und den Aufschriften „Unseren Gefallenen und Toten“ sowie „NPD-Landesverband Saarland“ und auf verschie-

denen Gräbern Blumen nieder. Die Aktion wurde via Facebook nachbereitet. Angelehnt an die „Kümmerer“-Aktionen thüringischer Rechtsextremisten sowie der sächsischen Gruppierung „Deutschland muss leben e. V.“ (Dml) unter dem Motto „Ein Volk hilft sich selbst“, bemühten sich zum Jahresende auch saarländische Nationaldemokraten unter der Regie der Vorsitzenden des NPD-Ortsverbandes Burbach Jacqueline S. um Sachspenden, um „speziell bedürftige Deutsche“ und deren Kinder zu beschenken. Im Rahmen dieser Weihnachtsaktion unter dem Label „Bündnis Saar“ und dem Motto „Für unsere Kinder-für unser Volk“ sammelte und verteilte sie im November und Dezember öffentlich Süßigkeiten, Spielsachen, Kleider und Bücher. Diese Initiative zielte u. a. auf eine Erweiterung des eigenen Anhängerkreises. Die weitere Botschaft war: Der vermeintlich versagende Staat hilft lieber Flüchtlingen als seinen „deutschen Bedürftigen“. Verbunden mit dieser Delegitimierung des Staates war zumindest unterschwellig auch eine pauschale Stimmungsmache gegen Flüchtlinge. SageSa zeigte mit rund einem dutzend Mahnwachen Präsenz, die im Vergleich zum Vorjahr (mehr als 40) allerdings deutlich geringer ausfiel.

Am 17. November nahmen rund 30 Personen an einer Protestveranstaltung gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unter dem Motto „Merkel muss weg!“ in Saarbrücken teil. Die im Wesentlichen ohne besondere Vorkommnisse verlaufene Aktion war von „Bündnis Saar“ und SageSa organisiert worden. Mitgeführte Transparente und Schilder beinhalteten u. a. Forderungen/Aussagen wie „Merkel muss weg!“, „Gegen die Islamisierung unserer Heimat, Missstände und Überfremdung“ und „Minderheit im eigenen Land? Wehr dich gegen den großen Austausch“. Kurze Reden hielten Saar-NPD-Chef Peter M., der SageSa-Vorstand Otfried B. und die aus dem GIDA-Spektrum stammende und als Anmelderin organisationsübergreifender rechter Demonstrationen bundesweit bekannte Esther S. (Neumarkt/BY). M. polemisierte in gewohnter Weise gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Darüber hinaus beschuldigte er die USA, mit ihren „völkerrechtswidrigen Kriegen“ mitverantwortlich für die Flüchtlingswelle in Europa zu sein. B. unterstrich in seinen Ausführungen die christliche Ausrichtung Europas. S. bezichtigte u. a. die Bundeskanzlerin, „ganz Europa ins Chaos“ gestürzt zu haben. Als „willige Helferin der amerikanischen Eliten“ betreibe Merkel eine katastrophale Außenpolitik, die den Nahen Osten weiter destabilisiere und Russland provoziere.

Eine Propagandaaktion eigener Art führten einige NPD-/SageSa-Akteure am 22. Juli durch, als sie die „Sommeralm“ des „Saarländischen Rundfunks“ auf der Redener Halde besuchten. Dabei trugen sie die bekannten SageSa-T-Shirts mit der Aufschrift „Der Islam gehört zum Saarland wie der Schwenker zum Vega-ner“. Im Nachgang wurde auf der SageSa-Website gepostet, die Aktion habe für „manchen Hingucker“ gesorgt, und man sei mit „zahlreichen Bürgern“ ins Gespräch gekommen.

Beteiligung an überregionalen Aktivitäten

Im Nachgang zu den Vorfällen der Silvesternacht in Köln führten rheinland-pfälzische und saarländische Rechtsextremisten am 30. Januar in Kaiserslautern und Homburg zeitversetzte Kurzkundgebungen unter dem Motto „Schützt unsere Frauen vor sexuell motivierten Übergriffen“ durch. Das Gros der rund 60 Teilnehmer in Kaiserslautern bzw. 50 Teilnehmer in Homburg waren Angehörige der NPD, darunter der NPD-Landesvorsitzende, sowie der Gruppierungen „Pfälzer gegen Salafisten“ (PfageSa), „Patriotische Europäer sagen Nein“ (PEsN) und SageSa. Im Verlauf der beiden Aktionen wurden neben Deutschland-Fahnen auch Transparente und Plakate mit Aufschriften wie „Frauen sind kein Freiwild“ bzw. „Die Asylmafia gehört hinter Gittern“ mitgeführt sowie Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt soll Deutschland verlassen“ bzw. „Heimat, Freiheit, Tradition – Multikulti-Endstation“ skandiert.

Einige wenige Aktivisten der Saar-NPD und ihres Ablegers SageSa nahmen an einer gemeinsamen Demonstration des NPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz und der Gruppierung „Pfälzer gegen Salafisten“ (PfageSa) am 22. Februar in Pirmasens teil, die gegen die Asylpolitik der Bundeskanzlerin gerichtet war. Vor den rund 200 Teilnehmern sprach u. a. der NPD-Bundesvorsitzende.

Unter dem Motto „Bürger stehen auf – bald auch in deiner Stadt“ fand am 26. Juni im nordrhein-westfälischen Linnich bei Aachen eine gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gerichtete Kundgebung statt, an der sich auch rechtsextremistische Akteure beteiligten. Beispielsweise trat die Vorsitzende des NPD-Ortsverbandes Saarbrücken-Burbach Jacqueline S. als Rednerin auf. Auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte sie am 5. Juli „für die, die (...) nicht dabei sein konnten“, ihr Redemanuskript. Darin forderte S. u. a., Präsenz auf den Straßen zu zeigen und sich „gegen diese deutschfeindliche Politik und dieses System, welches gegen sein eigenes Volk Krieg führt“, zu wehren. Im Weiteren wurden Asylsuchende generell als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet, die „(...) unsere Sozialsysteme hier ausschmarotzen und als Lohndrücker fungieren (...)“. In diesem Zusammenhang betonte S., dass der Islam nicht nach Deutschland und nicht nach Europa gehöre.

Am 16. Juli fand in Waren an der Müritz eine organisationsübergreifende „Anti-Antifa“-Kundgebung statt, an der rund 120 Personen teilnahmen. Unter den Rednern befand sich neben dem NPD-Europaabgeordneten Udo V. (Berlin), der stellvertretenden rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorsitzenden Ricarda R. (Pirmasens) und Aktivisten regionaler Kameradschaften auch Jacqueline S.

2.1.1.2 Partei „Die Rechte“



Die in der zweiten Jahreshälfte 2015 gestartete Formierungsphase der „Region Saarland“ des Landesverbandes Südwest der Partei „Die Rechte“ verlief schleppend und im Ergebnis offensichtlich wenig erfolgreich. Die Partei blieb auch 2016 im Saarland organisatorisch und mit etwa 25 Mitgliedern, zumeist ehemalige NPD-Angehörige, personell schwach aufgestellt. Eine vitale Partei-Basisarbeit war nicht zu erkennen.

Eigenen Angaben zufolge fand am 3. April 2016 ein „Saarlandtreffen“ statt, in dessen Verlauf ein vertretungsberechtigter Landesvorstand - Namen wurden auch später nicht genannt - gewählt worden sein soll. Parallel dazu veröffentlichte die Partei ihr Wahlprogramm für die saarländische Landtagswahl 2017. Obwohl sich die Partei in der Präambel ihres Landtagswahlprogramms explizit zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt, werden in dem elf Punkte umfassenden Programm mehrfach Ressentiments gegen Flüchtlinge und Asylbewerber erkennbar. Dabei reicht die Bandbreite von einer einfachen Entsolidarisierung und Intoleranz bis zur Übernahme von für die rechtsextremistische Gedankenwelt typischen Vorurteilen und Feindseligkeiten. Die Ausgrenzung wird u. a. mit vorgeblichen kriminalpräventiven und sozialpolitischen Argumenten unterlegt. Dem Landesverband wurde die Unterstützung der Mutterpartei in Aussicht gestellt, nachdem der Bundesvorsitzende W. Anfang April erklärt hatte, „alle Kräfte für den Wahlkampf im Saarland zu bündeln“. Ende April meldete die Partei, sie habe ihre Kandidatenlisten aufgestellt und werde in Kürze mit dem Sammeln der zum Wahlantritt erforderlichen Unterstützungsunterschriften beginnen. Realisiert wurde diese Ankündigung jedoch nicht.

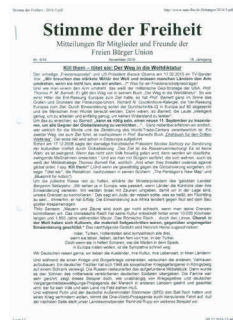
Am 19. März führte die Partei in Bruchsal einen sogenannten „Tag der Heimmattreue“ durch. Unter den rund 150 Teilnehmern befand sich eine etwa 15-köpfige Gruppe aus dem Saarland. Ein weiteres Lebenszeichen gab „Die Rechte“ im Saarland am 18. Juni mit einem von sieben Anhängern/Sympathisanten auf dem Neunkircher Stummplatz betriebenen Informationsstand, der bei Passanten auf wenig Interesse stieß, von sich.

2.1.1.3 „Freie Bürger Union“ (FBU) Landesverband Saar



Im Rahmen der bundesweiten medialen Berichterstattung zum Landesverband Saar einer anderen Partei und dessen Kontakten zu Rechtsextremisten geriet im Frühjahr letzten Jahres auch der FBU Landesverband Saar in den öffentlichen Fokus. Dies hatte u. a. zur Folge, dass der FBU ab Anfang April zumindest vorübergehend eine Lokalität in Ensdorf, die sie bis dahin für regelmäßige Treffen genutzt hatte, nicht mehr zur Verfügung stand.

Parallel zur Teilnahme einzelner FBU-Aktivisten an asylfeindlichen Aktionen von NPD und SageSa wurden in fünf Ausgaben der FBU-Schrift „Stimme der Freiheit“ die zunehmenden Kosten für die Betreuung von Flüchtlingen kritisiert sowie eine daraus resultierende Benachteiligung und fiskalische Belastung der deutschen Bevölkerung behauptet. Sie wolle alles tun, um die Identität des deutschen Volkes zu schützen. Darüber hinaus wurde in der „Stimme der Freiheit“ vermeldet, am 25. Juni seien die Kandidaten für die FBU-Landesliste und am 5. Juli die FBU-Wahlkreis Kandidaten für die saarländische Landtagswahl 2017 nominiert worden. Einen flächendeckenden Wahlantritt gab es für die FBU jedoch nicht; sie wurde nur für den Wahlkreis Neunkirchen zugelassen.



Am 21. Juni fand eine Landesversammlung in Völklingen statt. Über Anlass und Tagesordnung wurde nichts bekannt. Am 2. Juli betrieb die Partei einen Informationsstand in Ensdorf. Am 22. Oktober fand in Ensdorf eine Bundesversammlung der FBU statt, von der keine erkennbaren Impulse ausgingen.

2.1.1.4 Partei „Der Dritte Weg“



Der im September 2013 gegründeten Partei „Der Dritte Weg“ mit Sitz in Weidenthal/RP werden bundesweit rund 200 Personen zugerechnet. Organisatorisch gliedert sie sich in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und

Mitte. Derzeit verfügt die Partei über 16 - zum Teil - länderübergreifende sogenannte „Stützpunkte“. Das Parteiprogramm lehnt sich begrifflich zum Teil an Vertreter des „linken“ nationalsozialistischen Parteiflügels an und propagiert ein völkisch-antipluralistisches Menschen- und Gesellschaftsbild. Gefordert wird u. a. die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Schaffung eines „Deutschen Sozialismus“. „Der Dritte Weg“ agitiert antisemitisch, fremdenfeindlich und revisionistisch.

Das Saarland gehört zu dem am 19. November gegründeten überregionalen Gebietsverband West der neonazistisch geprägten Partei, dem auch die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz zugeordnet sind. In diesem Bereich bestehen derzeit fünf Stützpunkte. Drei von ihnen befinden sich in Rheinland-Pfalz, zwei davon mit Überschneidungen nach Hessen. Zwei weitere befinden sich in Nordrhein-Westfalen. Im Saarland existieren aktuell keine Organisationsstrukturen; dennoch waren auch hier Einzelaktionen zu verzeichnen.

In einem Facebook-Beitrag vom 15. Juni unter der Überschrift „Verteilaktion in Saarbrücken“ berichtete die Partei über eine Verteilung von hunderten asylkritischen Flugblättern am 10. Juni im Saarbrücker Stadtteil Burbach. Auch das hochverschuldete Saarbrücken leide unter „dem Multikulti-Hirngespinnst Willkommenskultur“; trotzdem würden die politisch Verantwortlichen nicht müde, „weitere Horden von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlings“ ins Land zu holen. Weiter wurde angemerkt: „Mit dieser Aktion wurde der Startschuss für eine Aufklärungskampagne gelegt, welche nach und nach über das ganze Saarland ausgedehnt werden soll.“



Einen Monat später wurde erneut via Facebook von einer weiteren Verteilaktion in Saarbrücken berichtet. Am 9./10. Juli habe man in der saarländischen Landeshauptstadt, deren Stadtbild bereits „in großen Teilen stark überfremdet“ sei, mit Flugblättern die Bewohner im Stadtteil Rodenhof auf die negativen Folgen der „verfehlten Asylpolitik der BRD“ hingewiesen.

In einem weiteren Beitrag vom 17. August unter der Überschrift „Verteilaktion rund um Landesaufnahmestelle Lebach (Saarland)“ berichtete die Partei über eine Aktion von Aktivisten und Unterstützern am selben Tag in Lebach. „Hunderte“ asylkritische Infoschriften habe man an Haushalte im Umfeld der Landesaufnahmestelle verteilt.

Es folgten weitere Beiträge über gleichgelagerte Aktionen am 13. August in Saarlouis, „Anfang September“ in Dillingen und am 8. September in Wallerfangen sowie „Anfang November“ in Saarbrücken-Güdingen.

2.1.2 Sonstige Zusammenschlüsse und Projekte

2.1.2.1 „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)



IDENTITÄRE BEWEGUNG

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), die gegen einen „kulturellen Verfall“, „Multikulti“ und „Islamisierung“ agitiert, trat zunächst projektartig im Internet auf und suggerierte mit Facebook-Postings die Existenz einer bundesweit aktiven Bewegung mit regionalen Ablegern, darunter eine „Identitäre Bewegung Saar“. Die unregelmäßig gepflegte Facebook-Seite der „IB Saarland“, die inhaltlich in großen Teilen mit dem Facebook-Auftritt der „IB Deutschland“ übereinstimmt, sowie die gelegentliche Feststellung von Aufklebern im öffentlichen Raum -wie beispielsweise im Juni vor der Wehrdener Moschee („Islamisierung? Nicht mit uns!“) oder in Homburg („0 % Rassismus – 100 % Identität“) sowie am 19. September in Saarbrücken („Islamisierung? Nicht mit uns!“ und „Wehr dich – Es ist dein Land“)- ließen bislang keine belastbaren Rückschlüsse auf tatsächlich existierende arbeitsfähige Strukturen im Saarland erkennen. Bezeichnend dafür ist auch ein wenig aussagekräftiges IB-Posting über ein angebliches Treffen „saarländischer Aktivisten und Interessenten“ am 20. Dezember in einer Saarlouiser Gaststätte. Ein beigegefügt Foto lässt lediglich drei auf einem Tisch ausgelegte Flyer erkennen.

Gleiches gilt für den hiesigen Ableger der „Identitären Aktion“ (IA), die eigenen Angaben zufolge eine „Abspaltung“ der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) um die bekannte Aktivistin Melanie D. (Bornheim/NW) ist und die die Urheberschaft für bundesweite Aktionen wie „Halal Challenge“, „Anti-Merkel Challenge“ und „Stolperstein-Aktion“ für sich reklamierte. Vereinzelt fanden diese auch im Saarland Widerhall. Beispielsweise wurden Lebensmittelpackungen in Supermärkten in Neunkirchen und Sulzbach entsprechend gekennzeichnet.

2.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten, insbesondere Skinhead-/Kameradschafts-Szene

2.2.1 Skinhead-Subkultur/„Hammerskins“ (HS)



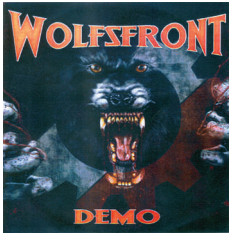
Bei den subkulturell geprägten Rechtsextremisten steht weniger eine kontinuierliche politische Basisarbeit als vielmehr der Erlebnischarakter im Vordergrund. Vor allem rechtsextremistische Musikveranstaltungen stehen hoch im Kurs. Die seit Jahren im Saarland erkennbare Erosion dieser Szenesubkultur hat sich fortgesetzt. Das diesbezügliche Personenpotenzial schmolz auf rund 50 (2015: 60).

Dagegen sind „Hammerskins“ (HS), die ein rassistisches und nationalistisches Weltbild pflegen, eher politisch ausgerichtet. Sie verstehen sich als Elite der Szene und sind straff organisiert. Abgesehen von Konzerten treten die äußerst konspirativ agierenden HS öffentlich nicht in Erscheinung. Kommuniziert und mobilisiert wird u. a. über speziell abgeschottete Messenger-Gruppen.



Das im Saarland beheimatete HS-Chapter „Westwall“, dem auch Aktivisten aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angehören, ist tonangebend innerhalb der HS-Division Deutschland. Flankiert wird das Chapter von der Unterstützergruppe „Crew38-Westwall“. Diese nutzte vor allem ihr Dillinger Clubheim, die so genannte „Hate Bar“, im vergangenen Jahr u. a. für elf identitätsstiftende Veranstaltungen, an denen bis zu 60 Personen teilnahmen. Im Einzelnen handelte es sich um drei Geburtstagsfeiern und mehrere Mottopartys wie z. B. eine Saarabstimmungsparty „Deutsch die Saar“ am 30. Januar oder eine „Valhalla-Party“ zu Ehren gefallener deutscher Soldaten am 19. November.

Im grenznahen lothringischen Volmunster-Eschwiller verfügt die Gruppierung mit einem Wiesengelände über eine weitere Immobilie, durch deren Vermietung für musikalische Großereignisse einerseits sowie die damit verbundene entgeltliche Übernahme von Ordnungsdiensten und Bewirtung bei Konzerten Einnahmen generiert werden. Beispielhaft dafür steht ein „Open Air“ mit der rechtsextremistischen Bremer Szeneband „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC) am 13. August mit Unterstützung des Güterslohers NS-Rappers Julian F. (alias „Makss Damage“).



In Eschwiller fand auch das Sommerfest mit Livemusik der Crew am 9. Juli statt. Das Gros der bis zu 150 Teilnehmer, darunter auch eine Vielzahl aus dem Saarland, kam aus dem gesamten südwestdeutschen Raum. Während der störungsfrei verlaufenen Veranstaltung traten neben der saarländischen Formation „Wolfsfront“ die Bands „Breakdown“ (Kastellaun/RP), „Flak“ (Bonn) und „Kommando 192“ (Enzkreis/BW) auf.

Ein von den lokalen Medien als aufgelöst bzw. untersagt gemeldetes Konzert (SZ vom 29. Februar 2016: „Polizei löst Rechtsrock-Konzert in Burbach auf“/SR-Website vom 29. Februar 2016: „Polizei untersagt Konzert der rechten Szene“) entpuppte sich im Nachgang als ein „Deutschlandtreffen“ („National Officers Meeting“ –NOM) der „Hammerskins“ (HS). Ausrichter des für den 27. Februar anberaumten und ursprünglich in einer Halle eines Burbacher Industriegebietes vorgesehenen HS-NOM war das hiesige HS-Chapter „Westwall“.

2.2.2 „Kameradschaft Sturmdivision Saar“



Rechtsextremistische Kameradschaften sind autonom agierende, lokal auftretende unabhängige und auf Dauer angelegte Personenzusammenschlüsse. Sie verzichten auf eine formale Mitgliedschaft und erkennbare Organisationsstrukturen. Ihre Effektivität ist eng gekoppelt mit der jeweiligen Führungsfigur. Mit eigenen Aktionen im Saarland war die Dillinger „Kameradschaft Sturmdivision Saar“ zuletzt 2015 öffentlich in Erscheinung getreten.

2016 beteiligten sich zwar wie in den Vorjahren auch einzelne Aktivisten der Kameradschaft an Aktionen des „Nationalen Widerstands Zweibrücken“ (NWZ), so z. B. am 5. März an der sogenannten „Fahrt der Erinnerung“ und am 14. März an einem Fackelmarsch, die Kameradschaft als solche war aber öffentlich nicht mehr wahrnehmbar. Einige Personen orientierten sich organisatorisch neu, z. B. in der Partei „Die Rechte“, andere waren gänzlich inaktiv. Zuletzt verlautete, die „Sturmdivision“ habe sich aufgelöst. Ein Wiederaufleben der Gemeinschaftsaktivitäten ist nicht mehr zu erwarten.

2.3 Rechtsextremistische Musikszene und Veranstaltungen im Saarland

Rechtsextremistische Musik erweist sich nach wie vor als ein wichtiger Identifikations-, Intergrations- und Mobilisierungsfaktor für die Szene. Die rechtsextremistische Musikszene des Saarlandes wird seit Jahren von den Bands „Jungsturm“ (Ende der 1990er Jahre gegründet und zuletzt inaktiv), „Hunting Season“ (seit 2004 vier CDs veröffentlicht) und „Wolfsfront“ (Debüt-CD 2012 erschienen) geprägt. Die letztgenannte Formation war im vergangenen Jahr das „Aushängeschild“ mit Konzertauftritten im In- und Ausland.

Im Februar erschien die neue „Wolfsfront“-CD mit dem Titel „Viel Feind – Viel Ehr“. Am 24. März postete die Band auf ihrer Facebook-Seite „Vielen Dank für 1488 Gefällt mir Angaben!“. Dabei steht die 14 für die aus 14 Worten bestehende rassistische Parole „We must secure the existence of our people and a future for white children“ (Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft der weißen Kinder sichern.), die 88 für „Heil Hitler“.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) trug mit Entscheidung vom 9. Mai 2016 die bereits 2012 erschienene CD „Demo“ der saarländischen Band „Wolfsfront“ in Teil A der Liste der jugendgefährdenden Medien ein. Der Tonträger beinhaltet die vier deutschsprachigen Lieder „Viel Feind - Viel Ehr“, „Fight against ZOG“, „Ehre, Glaube, Treue“ und „Deutsche Wehrmacht“. Das Gremium vertrat die Auffassung, der Tonträger verherrliche den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Kriegsführung. Die Indizierung habe aber auch zu erfolgen, weil der Titel „Fight against ZOG“ textgleich auf der Sampler-CD „7. Tag der Deutschen Zukunft – Soli CD“ enthalten sei, die im Dezember 2015 indiziert worden sei.

Im April trat das Musikprojekt „Saarbrigade“ mit seiner Debüt-CD „Saarbrigade – Saarland Skinheads“ an die Öffentlichkeit. Der Initiator, der Leader der Band „Wolfsfront“ und HS-Kader Robert K., wollte offensichtlich unter dem Label „Hate Bar Productions“ den „guten alten Zeiten der 1990-er Jahre“ der saarländischen Skinhead-Szene huldigen. Dieser „Lokalpatriotis-

mus“ wird in den Texten der insgesamt vier Lieder mit den Titeln „Deutsche Front“, „Saarland RAC“, „Saarland Skinheads“ und „Spicherer Höhen“ erkennbar.

Die Höhe der Erstauflage des im „Crew38-Westwall“-Umfeld sowie über die Szene-Vertriebe „Frontmusik“, vormals „Gjallarhorn-Klangschmiede“ (Ludwigshafen), „Wewelsburg-Records“ (Leer/NI) und „Front-Records“ (Falkenhain/SN) verbreiteten Tonträgers wird auf 200 Exemplare geschätzt.

Mitte Oktober folgte in Form einer „Schallfolie“ mit nur zwei Titeln als zweites Werk der „Hate Bar Productions“ die CD „Saarbrigade – Eisern Saarlouis“ in einer limitierten Auflage von 100 Exemplaren.



Zu einer politischen Kundgebung mit Konzert unter dem Motto „Rock für Identität“ am 7. Mai im südthüringischen Hildburghausen reisten auch rund 30 saarländische Aktivisten. Während der Veranstaltung trat u. a. die rheinland-pfälzisch/saarländische Formation „Blutbanner“ auf. Bei „Blutbanner“ handelt es sich um ein Musikprojekt des „Hunting Season“-Produzenten und Ex-„Jungsturm“-Mitglieds Danny H. sowie des „Jungsturm“-Gitarristen Nico R. (Ludwigshafen). Die Band, die nur sporadisch in Erscheinung tritt, hatte 2012 ihren ersten Live-Auftritt im lothringischen Neufgrange-Roth und bevorzugt musikalisch deutschsprachige Rockballaden.

Am 15. Oktober fand in der Gemeinde Wildhaus-Alt St. Johann (Ortsteil Unterwasser) im Kanton St. Gallen/Schweiz ein Großkonzert statt, an dem rund 5.000 Personen teilnahmen. Zu dem mutmaßlich größten jemals von deutschen Rechtsextremisten organisierten Konzert im Ausland waren auch bis zu 30 Personen der saarländischen Szene angereist. Es spielten die Bands „Stahlgewitter“ (Meppen), „Frontalkraft“ (Senftenberg/BB), „Confident of Victory“ (Cottbus) und „Exzess“ (Strausberg/BB), der Güterloher NS-Rapper Julian F. (alias „Makss Damage“) sowie die Schweizer Formation „Amok“.

2.4. Sonderfall „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, u. a. unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, mit verschwörungstheoretischen Argumentationsmustern oder unter Heranziehen eines selbst definierten Naturrechts, die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren.

Dieser heterogenen Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist gemeinsam die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner gesamten Rechtsordnung. Für die Verwirklichung ihrer Ziele treten sie aktiv ein, so z. B. mit Werbeaktivitäten oder aggressiven Verhaltensweisen gegenüber Gerichten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland. Bestrebungen, die eine derart grundsätzliche Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen beinhalten, bieten hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen, unabhängig davon, dass diese Bestrebungen nur z. T. dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden können.

Nach der Erklärung zum Beobachtungsobjekt Ende November wurden die Kommunen, Landkreise, Justiz- und Finanzbehörden für das Phänomen sensibilisiert und gebeten, eventuelle Feststellungen dem LfV mitzuteilen. Zum Jahresende lagen Hinweise zu 75 im Saarland ansässigen Personen vor, die im Verdacht stehen, weitgehend ohne eine organisatorische Einbindung der Reichsbürgerbewegung anzugehören. Davon hatten 16 einen rechtsextremistischen Vorlauf bzw. sind der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen.

III. Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Linksextremismus zielt auf die Überwindung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung ab, die durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System ersetzt werden soll. Trotz der Unterschiede in der ideologischen Herleitung, Zielsetzung und Herangehensweise streben linksextremistische Parteien, Organisationen und Zusammenschlüsse unisono nach wie vor die Beseitigung des „bürgerlichen, kapitalistischen Systems“ an. Dieses ist in ihren Augen ursächlich für gesellschaftliche und politische Missstände wie soziale Ungerechtigkeit, Migrationsströme, Kriege, Rechtsextremismus, Rassismus, ökologische Katastrophen, weltweite Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie die Zerstörung von Wohnraum. Für Linksextremisten stellt der „Kapitalismus“ mehr als eine bloße Wirtschaftsform dar. Er bildet für sie die Grundlage „bürgerlicher Herrschaft“, die vom Staat durch „Repression nach innen und Aggression nach außen“ garantiert wird. Seine Überwindung ist für sie Voraussetzung zum Erreichen einer grundlegenden, revolutionären Veränderung hin zu einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung in Verbindung mit der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Dieses

Ziel soll entweder durch die Herrschaft einer zentralistischen Partei, durch dezentrale Selbstverwaltung oder die Eliminierung jeglicher Regierungsstrukturen erreicht werden. Verfechter derartiger Ideen gründen Parteien und Organisationen, um bei Wahlen anzutreten oder für ihre Ziele öffentlich zu werben. Andere versuchen, zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterwandern, um diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Organisierungs- und hierarchiefeindliche „Autonome“ setzen eher auf demonstrative bis militante Ausdrucksformen unter bewusster Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols. Aufgrund ihrer eigenen gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit, inneren Zersplitterung und Gegensätze sind Linksextremisten bestrebt, durch den Anschluss an nichtextremistische Protestbewegungen und Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Damit versuchen sie gleichzeitig, lokal und überregional Bündnispartner für ihre systemüberwindenden Ziele zu gewinnen bzw. für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mit dieser Intention beteiligen sich linksextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen vor dem Hintergrund der aktuellen globalen, europäischen und nationalen Krisen zum Beispiel an Solidaritätsveranstaltungen für Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika bzw. an demonstrativen Aktivitäten gegen die staatliche Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig unterstützen sie im Rahmen ihres „antifaschistischen/-rassistischen Kampfes“ Proteste anderer extremistischer, insbesondere aber auch nichtextremistischer Aktionsbündnisse gegen zunehmende rechtspopulistische, rassistische und rechtsextremistische Hetzkampagnen gegen Asylsuchende in Deutschland.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Die Hauptaktivitäten der linksextremistischen Szene im Saarland waren auch im vergangenen Jahr auf den zentralen Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antirassismus“, „Antimilitarismus“, „Antikapitalismus“ und „Sozialabbau“ zu verzeichnen.

Im besonderen Fokus linksextremistischer Agitation standen die Konferenzen der Innenminister und -senatoren (IMK), die im vergangenen Jahr unter dem turnusgemäßen Vorsitz des Saarlandes stattfanden. Linksextremisten sehen in der IMK den Ausgangspunkt für eine Ausweitung und Verschärfung des staatlichen Überwachungs- und Kontrollapparates sowie für die Erhaltung, Festigung und Verteidigung der bestehenden „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ in Deutschland.

Vor dem Hintergrund weltweiter Anschläge von Dschihadisten und insbesondere von Terrorakten in Deutschland, der Gräueltaten der Terrororgani-

sation „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak, des Bürgerkrieges in Syrien, der Bundeswehreinmärsche im Ausland und deutschen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete beteiligte sich die linksextremistische Szene spektrenübergreifend in Saarbrücken an friedenspolitischen Veranstaltungen der „Antikriegsbewegung“ unter dem Motto „Für Frieden! Gegen Krieg und Terror!“.

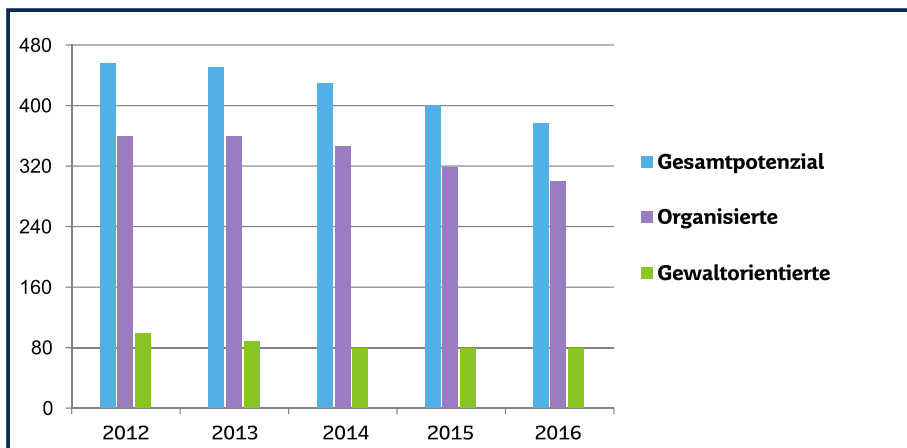
Bezüglich der Lageentwicklung in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 und den anschließenden „Säuberungsaktionen“ durch die türkische Regierung hat das klassische Agitationsfeld „Kurdistan-solidarität“ deutscher Linksextremisten auch hierzulande zunehmend wieder an Bedeutung gewonnen. Die Solidarität gilt kurdischen Autonomiebestrebungen, insbesondere der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). So unterstützten hiesige linksextremistische Parteien sowie Gruppierungen der gewaltorientierten antiimperialistischen und autonomen Szene ausschließlich friedliche Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen im Saarland für die „kurdischen Selbstverteidigungskräfte“, die Freilassung des Kurdenführers Abdullah ÖCALAN und eine Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland. Im Rahmen dieser Solidaritätsveranstaltungen, die vom PKK-nahen „Kurdischen Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V.“ (KGZ) initiiert wurden, traten Linksextremisten wiederholt als Redner auf.

1.3 Personenpotenzial

Im Saarland haben sich Strukturen und Erscheinungsbild des organisierten und gewaltorientierten Linksextremismus im vergangenen Jahr gegenüber 2015 kaum verändert. Das Gesamtpotenzial linksextremistischer Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung bieten, hat sich durch einen fortwährenden altersbedingten Mitgliederschwund insbesondere bei der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) geringfügig von 400 auf etwa 380 Personen verringert. Den Hauptanteil stellt mit ca. 300 Mitgliedern/Anhängern dennoch das organisierte linksextremistische Parteienspektrum einschließlich seiner Umfeldorganisationen gegenüber rund 80 Angehörigen der gewaltorientierten autonomen und antiimperialistischen Szene Saar.

Entwicklung des linksextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtpotenzial	460	450	430	400	380
Organisierte	360	360	350	320	300
Gewaltorientierte	100	90	80	80	80

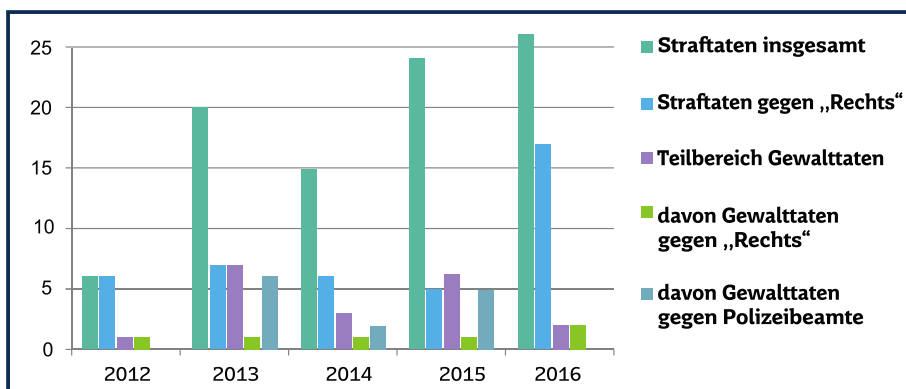


1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Im Saarland hat sich die Gesamtzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten gegenüber 2015 nur unwesentlich erhöht. In Abstimmung mit dem Landespolizeipräsidium waren 2016 insgesamt 26 Gesetzesverletzungen (2015: 24) mit linksextremistischem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund zu registrieren. Im Rahmen zahlreicher „antifaschistischer/-rassistischer“ Aktivitäten und Proteste gegen „staatliche Repression“ waren jedoch lediglich zwei Gewalttaten (2015: sechs), die sich gegen NPD-Aktivisten richteten, zu verzeichnen. Die Bandbreite der linksextremistischen Straftaten reichte von Verstößen gegen das Kunsturheberrechtsgesetz (2) bzw. Urheberrechtsgesetz (2) über das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (1), Beleidigungen (2), Übler Nachrede (2), Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (8) und Sachbeschädigungen (7) bis hin zu zwei gefährlichen Körperverletzungen. Örtlichen Schwerpunkt bildete die Landeshauptstadt mit 17 Straftaten, darunter die beiden Gewalttaten.

Entwicklung der linksextremistisch motivierten Straftaten im Saarland in den letzten fünf Jahren

	2012	2013	2014	2015	2016
Straftaten insgesamt	6	20	15	24	26
- davon Straftaten gegen „Rechts“	6	7	6	5	17
Teilbereich Gewalttaten	1	7	3	6	2
- davon Gewalttaten gegen „Rechts“	1	1	1	1	2
- davon Gewalttaten gegen Polizeibeamte	./.	6	2	5	./.



2. Einzelaspekte

2.1 Organisierter Linksextremismus

Innerhalb des organisierten Linksextremismus sind unverändert gegenüber den Vorjahren die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) zu nennen, die sich im vergangenen Jahr einschließlich ihrer Umfeldorganisationen als „außerparlamentarische Opposition“ an aktuellen gesellschafts-, sozial- und friedenspolitischen Auseinandersetzungen beteiligten. Neben ihrer entsprechenden Gewerkschafts- und Betriebsarbeit bildete ihr Engagement in Aktionsbündnissen auf den zentralen linksextremistischen Aktionsfeldern „Antifaschismus“ und „Antirepression“ einen weiteren Schwerpunkt. Anknüpfungspunkte boten die Bundeswehreinräte im Ausland, die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland, Aufmärsche von „Neonazis“, die Krisen-

und Sparpolitik der Europäischen Union und die „Kaputtsparpolitik der saarländischen Landesregierung“ sowie der „kurdische Befreiungskampf“.

2.1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)



Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Kernorganisation, die als Ziel die Errichtung einer sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft durch einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen verfolgt. Sie betätigt sich hauptsächlich in den Aktionsfeldern Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus. Die DKP versucht, durch die Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen und Veranstaltungen sowie durch Veröffentlichungen zu aktuellen politischen Themen in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Der bereits seit 2013 schwelende innerparteiliche Richtungsstreit über die künftige ideologische Ausrichtung und Strategie lähmte auch im vergangenen Jahr die Parteiarbeit. Während die dominierende „Parteilinke“ für eine bedingungslose Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus eintritt, sieht die innerparteiliche Opposition in einer Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Strömungen eine Chance, eine „sozialistische“ und letztlich eine kommunistische Gesellschaftsordnung in Deutschland zu schaffen. Die DKP, die auf Bundes- und Länderebene in der Öffentlichkeit kaum noch wahrnehmbar ist, kämpft aufgrund ihrer Überalterung und einer dadurch bedingten geringen Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit, eines ungebrochenen Mitgliederrückganges und großer Finanzprobleme nach wie vor um ihre Existenz.

Die DKP ist innerhalb des organisierten Linksextremismus im Saarland mit noch rund 100 Mitgliedern (Bund: 3.000) die zahlenmäßig größte linksextremistische Partei. Aktive Stadt- und Ortsgruppen bestehen noch in Völklingen, Püttlingen, Saarbrücken-Dudweiler, Neunkirchen/Wiebelskirchen und St. Ingbert. In der früheren DKP-Hochburg Püttlingen verfügt die Partei seit den letzten Kommunalwahlen nur noch über einen Sitz im Stadtrat. Anders als in den Vorjahren waren in 2016 jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der DKP in Püttlingen mehr zu registrieren.

2.1.2 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)



Die MLPD ist eine maoistisch-stalinistisch ausgerichtete Partei, die sich an den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN, MAO TSETUNG und STALIN orientiert. Ihrem Verständnis nach kann der Kapitalismus nicht reformiert werden, sondern muss revolutionär durch den echten Sozialismus abgelöst werden. Der Sozialismus wird ideologisch innerhalb der MLPD als eine Vorstufe der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft angesehen. Die Partei ist bundesweit innerhalb der linksextremistischen Szene weitgehend isoliert und wie die DKP in der Öffentlichkeit weitestgehend unauffällig. Auf ihrem X. Parteitag im Herbst 2016 wurde ein Generationswechsel an der Spitze eingeläutet.

Die MLPD-Saar ist überregional dem Landesverband Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland (RHS) angegliedert, der seinen Sitz in Frankfurt am Main hat.

Die MLPD-Saar beteiligte sich 2016 an bürgerlichen Protestbewegungen bzw. Kampagnen und Bündnissen gegen „Faschismus, Rassismus“, „Krieg und Terror“, „Kapitalismus“ sowie „Sozialabbau“, um auf diese Weise Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erlangen. Sie unterstützte Solidaritätsaktionen des PKK-nahen „Kurdischen Gesellschaftszentrums Saarbrücken e.V.“ (KGZ) für „kurdische Selbstverteidigungskräfte“ in Syrien und im Nordirak. Vor dem Hintergrund der Lageentwicklung in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 und den anschließenden Säuberungsaktionen durch die türkische Regierung nahmen Mitglieder/Anhänger der MLPD an entsprechenden Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen der saarländischen PKK-Anhängerschaft in Saarbrücken teil. Mit dem Ziel, ihre „gesellschaftliche Isolierung“ zu durchbrechen, politisch interessierte Personen an die Partei heranzuführen und letztlich ihr „revolutionäres Potenzial“ zu erhöhen, betrieben Genossinnen und Genossen der MLPD in Saarbrücken regelmäßig Informationsstände. Darüber hinaus organisierte die MLPD wie in den Vorjahren die Saarbrücker „Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau“, die im monatlichen Rhythmus in der Fußgängerzone Bahnhofstraße stattfanden. Die MLPD geht davon aus, Proteste gegen die in vielen Bevölkerungskreisen als einschneidend empfundenen Sozial- und Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung als vermeintlich revolutionäres Potenzial für ihre systemüberwindenden Zwecke nutzen zu können. Vertreter der Partei waren ferner maßgeblich in die IMK-Proteste Ende November in Saarbrücken eingebunden. Die vom Aktionsbündnis „NO IMK 2016“ am 26. November initiierte Demonstration hatte ein MLPD-Funktionär angemeldet.

2.2. Gewaltorientierter Linksextremismus

2.2.1 Autonome Szene

Gewaltorientierter Linksextremismus ist primär ein städtisches Phänomen. Schwerpunkte liegen vor allem in Berlin, Hamburg und Leipzig, in denen ein Großteil dieses linksextremistischen Personenpotenzials lebt und über eine besonders große Mobilisierungskraft, Handlungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft verfügt. Stärker als andernorts gelingt es der Szene hier, kurzfristig und spontan auf einschlägige Ereignisse zu reagieren und ein hohes Gewaltpotenzial auf die Straße zu bringen. Innerhalb der Szene besteht Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit „revolutionärer Gewalt“ zur Umwälzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. In der ideologisch und strategisch eher heterogenen Szene gilt Gewalt daher weiterhin als legitimes Mittel gegen die „strukturelle Gewalt eines Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. In Bezug auf die Formen von Gewaltausübung unterscheidet die Szene zwischen konfrontativer Gewalt (Massenmilitanz) und personen- sowie objektbezogenen klandestinen Anschlägen durch Kleinstgruppen. Während die Zahl linksextremistischer Gewalttaten über die Jahre schwankt, hat deren Intensität in den letzten Jahren stetig zugenommen. Insbesondere im Umfeld von Demonstrationen ist ein hohes Aggressionsniveau festzustellen. Dabei werden in der gewaltorientierten Szene tätliche Angriffe auf Polizeibeamte als Repräsentanten des verhassten „Repressionsapparates“ wie auch auf Angehörige der rechten Szene weitestgehend akzeptiert.

Die autonome Szene bildete auch 2016 die weitaus größte Personengruppe innerhalb des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums. Der autonomen Szene Saar waren in 2016 etwa 70 Personen zuzuordnen. Die saarländischen Szeneangehörigen sind nach wie vor aufgrund ihrer überwiegend „antinationalen“ Ausrichtung zu einem kleinen „antideutschen Teil“ innerhalb des bundesweiten autonomen Spektrums zu zählen. Dieser solidarisiert sich aufgrund der historischen Schuld Deutschlands mit dem „jüdischen Staat“ Israel und den USA als dessen Schutzmacht. Demgegenüber sehen die breite Mehrheit der linksextremistischen Szene und insbesondere die pro-palästinensisch eingestellten „Anti-Imperialisten“ den Zionismus als Teil militärischer Expansionsbestrebungen des Kapitalismus unter Federführung der USA.

Von folgenden autonomen Gruppen und Zusammenschlüssen im Saarland waren im vergangenen Jahr Aktivitäten zu verzeichnen:



Antifa Saar - Projekt AK

...mehr als nur gegen Nazis.

...mehr als nur gegen Nazis.

Die „Antifa Saar/Projekt AK“ (AK = Analyse und Kritik) versteht sich als linker, politischer, unabhängiger Zusammenschluss, der außerparlamentarisch aktiv ist und sich dem Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus sowie für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zum Ziel gesetzt hat.



Der autonome Arbeitskreis „... resist! Unsere Solidarität gegen ihre Repression!“ hat sich zum Ziel gesetzt, „von staatlicher Repression betroffene Antifaschist*innen und politische Aktivist*innen“ solidarisch und finanziell zu unterstützen. „... resist!“ hat sich Ende

...ums Ganze!

kommunistisches Bündnis

Oktober 2016 dem „umsGanze! – kommunistisches Bündnis“ (uG) angeschlossen, in dem eigenständige, lokal verankerte Gruppen der autonomen Szene aus Deutschland und Österreich zur Bündelung der Kräfte und überregionalen Handlungsfähigkeit organisiert sind. Das Bündnis organisiert maßgeblich Protestaktionen gegen die jährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit und beteiligt sich an so genannten Krisenprotesten gegen die Politik zur Bewältigung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Flüchtlingsströme.



Antifa Nord-Westsaar

Wir haben nichts gegen Flüchtlinge und andere Minderheiten!
OHNE ABER!

Die „Antifa Nord-Westsaar“ stellt sich auf ihrer Homepage als „unabhängige Antifa-Gruppe“ aus dem Raum Merzig, Mettlach, Perl und Losheim vor. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, über „Naziaktivitäten“ im nördlichen Saarland zu informieren und rechtsextremistischen Entwicklungen auch außerhalb Saarbrückens entgegenzutreten. Die erstmals im Mai 2016 in Erscheinung getretene „Antifa“-Gruppe „Solidarische Rose Homburg/Zweibrücken“ präsentiert sich auf ihrem Facebook-Profil als „linke antifaschistische Gruppe“ aus dem Saar-Pfalz-Raum. Sie strebt laut ihrem im Internet veröffentlichten Selbstverständnis die Schaffung einer Gesellschaft an, „in der auf der Grundlage antifaschistischer, antirassistischer, anti-antisemitischer und antisexistischer Solidarität der freie Zusammenschluss freier Menschen möglich ist“. Darüber



hinaus hat sich die Gruppe zur Aufgabe gemacht, über rechte Aktivitäten in der Region präventiv in Form von Infoveranstaltungen, Flugblattverteilungen und Veröffentlichungen aufzuklären, „klassische Demonstrationen“ gegen rechte Aufmärsche und Veranstaltungen zu organisieren sowie „kreative antifaschistische Proteste im Alltag“ durchzuführen.



Um gesamtgesellschaftlich gegen das „Wiedererstarken faschistischer Ideologien“ wirken zu können, suchte die „Antifa Saar/Projekt AK“ erfolgreich über das eigene Klientel hinaus Bündnispartner für ihren „antifaschistischen Kampf“. Im Sommer 2014 wurde in Saarbrücken ein „Offenes Antifa Treffen Saarbrücken“ ins Leben gerufen, um gemeinsam mit „antifaschistischen“ Kräften aus dem nichtextremistischen Spektrum Aktivitäten gegen rechtsextremistische Entwicklungen und Organisationen im Saarland zu entwickeln und gleichzeitig das Mobilisierungspotenzial zu erhöhen. Zu diesem Zweck fanden auch 2016 regelmäßig entsprechende Treffen in Saarbrücken statt.

Von „... resist!“ wurde zur Vorbereitung einer Demonstration am 26. November 2016 in Saarbrücken ein lokales „Aktionsbündnis gegen die IMK-Herbsttagung im Saarland“ mit der Bezeichnung „NO IMK 2016“ ins Leben gerufen. In dem Bündnis engagierten sich neben Szeneangehörigen auch Mitglieder bzw. Anhänger linksextremistischer Parteien und Personen kurdischer Herkunft.

Die vorgenannten autonomen Zusammenschlüsse sowie die von ihnen maßgeblich gesteuerten Bündnisse und Einrichtungen nutzten im vergangenen Jahr insbesondere eigene Internetseiten und Facebook-Profile zur offenen Mobilisierung für ihre zahlreichen „politischen Aktivitäten“. Darüber hinaus diente ihnen das linksextremistische Internetportal „linksunten indymedia“, das als regionales „independent media center“ (imc) bereits seit 2009 online ist, als Informations-, Diskussions- und Mobilisierungsplattform.

Für Angehörige der gewaltorientierten autonomen Szene Saar bildeten im Jahr 2016 die Themenfelder „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Antirepression“ Schwerpunkte ihrer „politischen Arbeit“.

Im Vordergrund der „antifaschistischen/antirassistischen Aktivitäten“ stand die Kampagne „Hass hat Konsequenzen – In Erinnerung an Samuel YEBOAH – Schluss mit der Verharmlosung rechten Terrors!“, die von der autonomen „Antifa Saar/Projekt AK“ anlässlich des 25. Todestages eines ghanaischen Flüchtlings sowie vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte Ende April 2016 gestartet wurde. Nach entsprechenden Vortragsveranstaltungen und Kundgebungen in Saarbrücken, Völklingen, Dillingen, Saarlouis und Sulzbach fand diese „Antifa-/Antira-Kampagne“ ihren Abschluss am 24. September 2016 in Saarlouis mit einer Demonstration unter dem Motto „Schluss mit der Verharmlosung rechten Terrors! Für ein würdiges Gedenken an die Opfer rechten Terrors! Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz!“ mit etwa 180 Teilnehmern.



Ein Plakat soll an die Todesumstände Samuel Yeboahs erinnern. FOTO ANNIKA WIEHELM

Darüber hinaus unterstützte die autonome Szene Saar eine bundesweite von Linksextremisten getragene Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA), die sich gegen die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) richtet. Die NIKA-Kampagne war auf einem Vernetzungstreffen der „radikalen Linken“ am 31. Januar in Frankfurt am Main, an dem auch saarländische Szeneangehörige teilgenommen hatten, ins Leben gerufen worden. Insbesondere „... resist!“-Aktivisten beteiligten sich gemeinsam mit mehreren nichtextremistischen Organisationen, Gruppen und Jugendverbänden demokratischer Parteien an entsprechenden Protestaktionen im Saarland und überregional gegen die AfD. So nahmen auch Angehörige der hiesigen autonomen Szene an den Protestaktionen gegen den AfD-Bundesprogrammparteitag am 30. April in Stuttgart teil.

Im Rahmen der „Antirepressionsarbeit“ startete der autonome Arbeitskreis „... resist!“ im Vorfeld der „IMK-Herbsttagung“ in Kooperation mit links-extremistischen Parteien und nichtextremistischen Organisationen eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto „SAVE THE DATE“. Die entsprechenden Veranstaltungen dienten einer thematischen Vorbereitung der Szene auf „die von den IMK-Tagungen ausgehenden Widerwärtigkeiten und zum

Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit“ sowie zur Mobilisierung für eine Teilnahme an entsprechenden Protestaktionen. Während die Frühjahrskonferenz Mitte Juni in Orscholz störungsfrei und ohne öffentliche Resonanz innerhalb der linksextremistischen Szene verlief, formierte sich auf Initiative der autonomen Szene Saar in Kooperation mit dem linksextremistischen Parteienspektrum und der saarländischen Anhängerschaft der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) unter der Bezeichnung „NO IMK 2016“ ein Aktionsbündnis gegen die IMK-Herbsttagung (29./30. November) im Saarland. Ideologische Differenzen während der Protestvorbereitungen spalteten das vorgenannte Aktionsbündnis und mündeten schließlich in zwei getrennten Aufzügen am 26. November in Saarbrücken gegen die Herbstkonferenz. An dem Protestmarsch des „NO IMK 2016“-Bündnisses gegen die „Außenpolitik im Innern“ und „Abschottung, Rassismus und Repression!“ sowie für „Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf“ und „Aufhebung des PKK-Verbotes“ beteiligten sich rund 400 Personen, darunter neben Mitgliedern/Anhängern linksextremistischer Parteien überwiegend Personen kurdischer Herkunft. Dem eigenständigen Aufruf der autonomen Szene zu einer Demonstration unter dem Motto „NO IMK 2016 – Nationalismus ist keine Alternative – Gegen Abschottung, Rassismus und Repression!“ waren in der Spitze bis zu 180 Personen gefolgt.



Unter den Teilnehmern befanden sich neben schätzungsweise etwa 50 bis 70 Angehörigen der autonomen Szene und einzelnen „GesinnungsgenossInnen“ aus Rheinland-Pfalz auch zeitweise eine etwa 30-köpfige Gruppe jugendlicher Kurden.

Aktionsfeld „Antifaschismus“



Der „antifaschistische Kampf“ zählt nach wie vor zu den traditionellen Aktionsfeldern von linksextremistischen Zusammenschlüssen. Er richtet sich seit jeher nur vordergründig gegen den Rechtsextremismus, der aus linksextremistischer Sicht seine Wurzeln in dem als „kapitalistisches System“ bezeichneten freiheitlich demokratischen Rechtsstaat hat. Der Kampf gegen „Faschismus“ gilt vor diesem Hintergrund nur dann als ausreichend und zielführend, wenn er die vermeintlichen gesell-

schaftlichen Voraussetzungen mit in den Fokus rückt und angreift. Als Reaktion auf die Zunahme rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Aktivitäten im Kontext der Flüchtlingsthematik war im vergangenen Jahr eine Intensivierung „antifaschistischer“ Aktionen zu registrieren. Neben den Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern auf der Straße bildete die „Antifa-Recherchearbeit“ einen weiteren Schwerpunkt. Die Sammlung von Informationen über rechtsextremistische Organisationen und Gruppen, deren Protagonisten, Strukturen und Einrichtungen wurden wiederholt für entsprechende „Outing-Aktionen“ genutzt. Bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen und Entwicklungen waren folgende nennenswerte Szeneaktivitäten im Saarland und überregional zu verzeichnen:

16.01.2016

Infostand der autonomen Szene Saar in Dillingen während eines „Rock-gegen-Rechts-Konzertes“,

10.02.2016

Beteiligung von etwa 20 Angehörigen der autonomen Szene Saar an Protesten in Bischmisheim gegen das Aschermittwochstreifen der NPD-Saar,

13.02.2016

„Antifa-Demo“ der autonomen Szene Saar in Riegelsberg mit rund 60 Teilnehmern, darunter ca. 30 teilweise verummte Szeneaktivisten, gegen die von der „Initiativgruppe Hindenburg“ angestrebte Errichtung einer Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Wehrmachtssoldaten aus Riegelsberg, darunter auch angeblich Angehörige der Waffen-SS und andere Kriegsverbrecher,

03.03.2016

Veröffentlichung einer Flugschrift „Saargida und Sagesa – Extrem irre, relativ gefährlich!“ der „Antifa Saar/Projekt AK“ auf ihrer Homepage und dem linksextremistischen Internetportal „linksunten indymedia“, in der über 50 angebliche saarländische Rechtsextremisten mit Namen, Lichtbild und Organisationszugehörigkeit geoutet wurden,

05.03.2016

Beteiligung von Aktivisten der „Antifa Saar/Projekt AK“ mit einem Transparent „Wir danken den Alliierten für die Befreiung vom Nationalsozialismus! Deutsche Täter sind keine Opfer!“ an einer Kundgebung in Homburg gegen die alljährliche „Fahrt der Erinnerung“ des rechtsextremistischen „Nationalen Widerstands Zweibrücken“ (NWZ),

15.03.2016

Veröffentlichung von „Rechercheergebnissen“ zu „Nazis in der saarländischen Fußballszene“ durch die „Antifa Saar/Projekt AK“ auf ihrer Homepage und auf „linksunten indymedia“,

28.03.2016

Internetveröffentlichung der „Antifa Nord-Westsaar“ zu „Naziaktivitäten“ in Beckingen,

29.03.2016

Internetveröffentlichung der „Antifa Saar/Projekt AK“ über Verbindungen der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene in Zweibrücken zur NPD-gesteuerten Facebook-Bewegung „Saarländer gegen Salafisten“ (SageSa),

01.04.2016

Beteiligung von Angehörigen der „Antifa Saar/Projekt AK“ an einer Blockadeaktion gegen eine Mahnwache der rechtsextremistischen Initiative „Bündnis Saar“ in Saarbrücken-Burbach,

15.04.2016

Mobilisierungsveranstaltung von „... resist!“ in Saarbrücken für eine Teilnahme an Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag am 30. April in Stuttgart,

29.04.2016

Facebook-Eintrag von „... resist!“ zu einer Sachbeschädigung am 28. April an einem von der AfD als Versammlungsort genutzten Lokal in Dillingen durch Aufsprühen von Parolen wie „Hier hetzt die AfD“ und „Nationalismus ist keine Alternative“,

18.06.2016

Vortragsveranstaltung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Saarbrücken im Rahmen ihrer Kampagne „Hass hat Konsequenzen – In Erinnerung an Samuel YEBOAH – Schluss mit der Verharmlosung rechten Terrors!“,

19.06.2016

„Antifa“-Kundgebung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Völklingen unter dem Motto „Gegen das Vergessen! In Erinnerung an die Zwangsarbeiter_innen der Völklinger Hütte“,

28.06.2016

Internetveröffentlichung „Die Saar-AfD: Rechtsaußen angekommen“ der „Antifa Saar/Projekt AK“, in der auf angebliche Kontakte von Parteiverantwortlichen der AfD-Saar zur rechtsextremistischen Szene hingewiesen wird,

08.07.2016

Mobilisierungs- und Informationsveranstaltung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Saarlouis im Rahmen ihrer Kampagne „Hass hat Konsequenzen“,

15.07.2016

Aufruf der „Solidarischen Rose“ zur Teilnahme an Protesten gegen eine Mahnwache der neonazistischen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Zweibrücken“ am 15. Juli in Zweibrücken,

16.07.2016

„Antifa“-Kundgebung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Dillingen unter dem Motto „Gegen das Vergessen! In Erinnerung an die Opfer rechter Gewalt“,

10.08.2016

„Antifa“-Kundgebung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Sulzbach im Rahmen ihrer Antifaschismus-/Antirassismuskampagne „Hass hat Konsequenzen“,

11.08.2016

Outing von Teilnehmern an der „Nazikundgebung“ am 5. August in Saarbrücken auf „linksunten indymedia“ durch die autonome Szene Saar,

22.08. und 16.11.2016

Offene Briefe der „Antifa Saar/Projekt AK“ an den Saarlouiser Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat mit der Forderung nach Anerkennung der Ermordung Samuel YEBOAHs als „rechts motivierte Gewalttat“,

01.09.2016

Plakatenthüllung der „Antifa Saar/Projekt AK“ in Saarlouis zur Erinnerung an den „rassistischen Mord“ an Samuel YEBOAH vor 25 Jahren,

08.09.2016

Auftakt einer Veranstaltungsreihe der „Antifa“-Gruppe „Solidarische Rose“ in Zweibrücken unter dem Motto „Um uns und unter uns – Rechte Bewegungen und Gegenstrategien“,

13.11.2016

Beteiligung von „... resist!“-Aktivisten an einer Störaktion der „Solidarischen Rose“ in Zweibrücken gegen eine Kranzniederlegung der neonazistischen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Zweibrücken“ (NWZ) und

04.12.2016

Informationsveranstaltung in Saarbrücken der „Antifa Saar/Projekt AK“ zum

Thema „Der National Sozialistische Untergrund (NSU): Blick in den Abgrund – Vortrag & Prozessbericht“ mit rund 60 Teilnehmern.

Aktionsfeld „Antirepression“

Einen weiteren Aktionsschwerpunkt bei ihrem Kampf für eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ bildete das Thema „Antirepression“. Nach linksextremistischer Argumentation dient „staatliche Repression“ der Unterdrückung revolutionärer Prozesse und der Sicherung des „imperialistischen, rassistischen und faschistischen Systems“. Ihre militante Agitation richtet sich deshalb in erster Linie gegen Polizeikräfte, die als Repräsentanten des „staatlichen Repressionsapparates“ im Nachgang zu Demonstrationen für eine Kriminalisierung politisch unbequemer Personen und des „antifaschistischen Widerstands“ verantwortlich gemacht werden. Nach dem Motto „Kriminell ist das System und nicht der Widerstand“ werden Angriffe auf polizeiliche Einsatzkräfte in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene akzeptiert. Solidaritätskampagnen für Personen oder Organisationen aus dem linksextremistischen Spektrum, die von „staatlicher Repression“ betroffen sind, entfalten regelmäßig eine hohe Mobilisierungswirkung. Auf diesem Aktionsfeld waren im vergangenen Jahr neben den Protesten gegen die IMK-Herbsttagung folgende Aktivitäten der autonomen Szene Saar zu registrieren:

05.05., 02.06., 07.07., 03.08. und 08.09.2016

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Gruppe „... resist!“ in Saarbrücken im Rahmen der Kampagne „SAVE THE DATE“ zu den Themen „Wir sind alle 129 b?! – Auswirkungen des PKK-Verbotes in Deutschland auf die hier lebenden politisch aktiven Kurd*innen“, „No Border & kritische Theorie? Zur Kritik der Migrationspolitik“, „Einführung in die Kapitalismuskritik“, „Selbstorganisation als Solidarität – Kämpfe am Rande der Festung Europa am Beispiel eines selbstverwalteten Zentrums für Geflüchtete in Athen“ und „Verzerrte Islamdebatte – Das Sprechen über den Islam zwischen antimuslimischem Rassismus und emanzipatorischer Kritik“,

14.07.2016

Beteiligung von Angehörigen der autonomen Szene Saar an Protesten gegen eine Mahnwache von „Neonazis“ vor dem Presseclub in Saarbrücken unter dem Motto „Gegen Maaslosigkeit – für Anstand und Vernunft“,

18.07.2016

Internetveröffentlichung der „Antifa Saar/Projekt AK“, in der das Vorgehen der Polizei gegen „antifaschistische“ Demonstranten anlässlich einer Mahnwache der NPD-gesteuerten Facebook-Bewegung „Saarländer gegen

Salafisten“ als „Kriminalisierung antifaschistischen Engagements“ angeprangert wird und

15.10.2016

„Antirepressions-Soliparty“ unter dem Motto „Pfeffi statt Pfefferspray“ der Gruppe „Solidarische Rose“ und von „... resist!“ in St. Ingbert für „von Repression betroffene Antifaschist_Innen aus dem Saarland“.

Aktionsfeld „Antirassismus“

Vor den großen Herausforderungen, die mit der Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen verbunden sind, gewann das Thema „Antirassismus“ 2016 innerhalb der linksextremistischen Szene zunehmend an Relevanz. Anknüpfungspunkt für ihren Kampf gegen die staatliche Asyl- und Abschiebepolitik, die von Linksextremisten als „institutioneller Rassismus“ bezeichnet wird, ist vor allem die „Verschärfung“ der Asylgesetze. Eine große mobilisierende und emotionalisierende Wirkung im linksextremistischen Spektrum erzeugen nach wie vor Aufmärsche von Gegnern der Flüchtlingspolitik sowie entsprechende Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen und rechtspopulistischer Parteien. Folgende „antirassistische“ Aktivitäten der autonomen Szene Saar, die teilweise mit den Themenfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“ und „Antikapitalismus“ verbunden wurden, waren im vergangenen Jahr zu verzeichnen:

Ende Februar warb „... resist!“ auf seinem Facebook-Profil für eine Teilnahme an einer bundesweiten Demonstration am 12. März in Köln unter dem Motto „Unser Feminismus ist antirassistisch – Reclaim Feminism“. Dazu hatte anlässlich des „Weltfrauentages“ (8. März) ein breites Bündnis aus „unabhängigen migrantischen und nicht-migrantischen Frauenorganisationen, feministischen Initiativen sowie antifaschistischen, antirassistischen und antikapitalistischen Gruppen aus Köln und NRW“ aufgerufen, um nach den Silvesterereignissen in der Domstadt „ein starkes Zeichen gegen Rassismus und Sexismus“ zu setzen.

Darüber hinaus unterstützten Angehörige der autonomen Szene Saar Protestveranstaltungen saarländischer Flüchtlingsinitiativen, die sich gegen die staatliche Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie gegen die europäische Außen- und Sicherheitspolitik richteten. Im Rahmen von bundesweiten dezentralen Aktionstagen (24. bis 26. Juni) unter dem Motto „Die Festung Europa angreifen!“ befestigten unbekannte Szeneangehörige am Saarbrücker Schloss ein großflächiges Transparent mit dem Schriftzug „FIGHT FORTRESS EUROPE“. In der Nacht zum 27. Juni war einem Bericht mit der Schlagzeile „[Saarland] Innenministerium zum NIKA-Wochenende mit Stacheldraht zugemacht!“ auf der linksextremistischen Internetplattform „linksunten indymedia“

zufolge das hiesige Innenministerium Ziel einer Protestaktion. Unbekannte Aktivisten versperrten den Eingang symbolisch mit Stacheldraht und einem daran befestigten Transparent mit der Aufschrift „EURE ABSCHIEBUNG IST MORD – GRENZEN AUF FÜR ALLE“.

Ferner beteiligten sich Autonome auch gelegentlich an Protestaktionen bürgerlicher Bündnisse wie „Bunt statt Braun“ oder „Blockade Saar“, die sich insbesondere gegen Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen des NPD-gesteuerten „Bündnis Saar“ richteten.

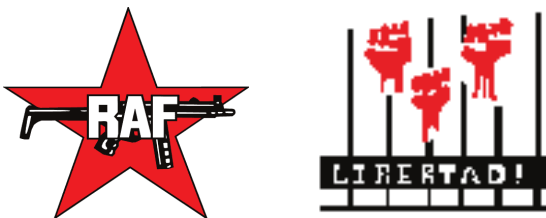
Sonstige Aktivitäten

Auf dem linksextremistischen Agitationsfeld „Kurdistan solidarität“, das vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Türkei, in Syrien und dem Vorgehen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) erneut an Bedeutung gewonnen hat, waren entsprechende Aktivitäten der autonomen Szene Saar festzustellen. Ihre Solidarität gilt nach wie vor kurdischen Autonomiebestrebungen, insbesondere der PKK. Am 19. Februar fand auf Initiative des autonomen Arbeitskreises „... resist!“ in Kooperation mit dem „Kurdischen Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V.“ (KGZ) eine Informationsveranstaltung über die „Rolle der Frauen im kurdischen Befreiungskampf“ mit rund 40 Teilnehmern statt. Im Rahmen einer weiteren Vortrags- und Diskussionsveranstaltung von „... resist!“ und dem KGZ am 5. Mai in Saarbrücken zum Thema „Wir sind alle § 129b?! Auswirkungen des PKK-Verbotes in Deutschland auf die hier lebenden politisch aktiven Kurd*innen“ wurde zu einer solidarischen Unterstützung aller „kurdischen Politiker“ aufgerufen, die derzeit wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK gemäß § 129 StGB in Deutschland angeklagt seien. Gleichzeitig wurden ein Ende der „Stigmatisierung der kurdischen Freiheitsbewegung“ und die Aufhebung des PKK-Verbotes hierzulande gefordert.

Anfang August unterstützte die „Antifa Saar/Projekt AK“ auch finanziell die „kurdischen Selbstverteidigungskräfte“ in der nordsyrischen Stadt Kobanê. Einer Veröffentlichung auf ihrer Homepage zufolge spendete die Saarbrücker „Antifa“-Gruppe den Erlös aus ihrem seit Oktober 2014 laufenden Verkauf eines „Soli T-Shirts gegen Islamismus“ mit dem Aufdruck „No Jihad – Stop Boko Haram, Al-Qaida, Hamas, Isis“ für ein Projekt in der vorgenannten Stadt.

Ende August unterstützte „... resist!“ einen Aufruf eines bundesweiten „Blockupy-Bündnisses“ aus überwiegend nichtextremistischen Initiativen, Gewerkschaften und demokratischen Organisationen sowie aus gemäßigten Linksextremisten und autonomen Gruppen zur Teilnahme an Aktionstagen „Gegen die inneren und äußeren Grenzen! Weekend of Actions Against Austerity, Racism and Borders!“ vom 2. bis 4. September in Berlin.

2.2.2 Antiimperialistische Szene



Dem antiimperialistischen Spektrum im Saarland sind nur noch einige wenige Aktivisten aus der ehemaligen Saarbrücker Unterstützerszene der früheren terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) zuzurechnen. Angehörige dieses kleinen Aktivistenkreises agierten im vergangenen Jahr unter der Firmierung „Libertad! Saar“ innerhalb der bundesweiten antiimperialistisch ausgerichteten Initiative „Libertad!“, die bis zu ihrer Selbstauflösung im März 2016 in Frankfurt am Main ansässig war. Nach einem fast zweijährigen Diskussionsprozess über die Zukunftsperspektive bzw. ein Aufgehen von „Libertad!“ in dem ebenfalls antiimperialistisch ausgerichteten Aktionsbündnis „Interventionistische Linke“ (IL) löste sich die Initiative selbst auf. „LIBERTAD! – Alles hat seine Zeit – Bemerkungen zum Ende der Initiative“ lautete die Überschrift ihrer auf den 18. März 2016 datierten und auf ihrer Homepage veröffentlichten Auflösungserklärung. Wie es darin u.a. heißt, sei mit Auflösung der als „einzige organisierte Stimme aus dem Post-RAF-Spektrum“ wahrgenommenen Initiative jetzt formal vollzogen worden, was sich schon seit ein paar Jahren abgezeichnet habe. Trotz vieler Projekte, die durchaus den Nerv der Zeit getroffen hätten, sei es nicht gelungen, den eigenen Handlungsraum wirkungsvoll zu erweitern. Hinzu komme das Scheitern von „Libertad!“ beim Versuch, eine an „sozialen Kämpfen und politischen Gefangenen orientierte transnationale Struktur“ aufzubauen bzw. linke Kräfte international miteinander zu vernetzen. Absichtserklärungen und Verabredungen im Hinblick auf eine „tatsächliche Internationalisierung linker Politiken“ seien im allgemeinen Zerfallsprozess linker Solidaritäts- und Befreiungsorganisationen versickert. Die „Begrenztheit unseres politischen Prozesses“ sei daher der zentrale Grund für den Schritt zur Auflösung von „Libertad!“. In der Folge stellten Einzelpersonen der antiimperialistischen Szene Saar die „Kurdistan-Solidaritätsarbeit“ in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Vor dem Hintergrund der Lageentwicklung in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 und den anschließenden Säuberungsaktionen durch die türkische Regierung sowie der Festnahmen von zwei Bürgermeistern in Diyarbakir und von HDP-Abgeordneten Anfang November unterstützte die antiimperialistische Szene Saar regelmäßig Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen im Saarland für die „kur-

dischen Selbstverteidigungskräfte“, die Freilassung von Abdullah ÖCALAN und eine Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland.

IV. Ausländerextremismus (ohne Islamismus/Islamistischer Terrorismus)

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Der Ausländerextremismus ist kein eigener Typus des Extremismus, sondern ein Sammelbegriff für extremistische Bestrebungen von Migrantenorganisationen. Die Aktivitäten der in Deutschland festgestellten Ausländerorganisationen, die oftmals auch in Zusammenarbeit mit deutschen extremistischen Gruppierungen agieren, orientieren sich an den aktuellen politischen Ereignissen und Entwicklungen in ihren Heimatländern. Sie zielen in der Hauptsache auf propagandistische, logistische und finanzielle Unterstützungshandlungen ihrer Kernorganisationen ab. Bei dem Bemühen, die Verhältnisse in der Heimatregion in ihrem Sinne zu verändern, wenden sie überwiegend friedliche, zum Teil aber auch militante Mittel an. Vor allem aus Akzeptanzgründen bemühen sich die Gruppen grundsätzlich um ein friedliches Erscheinungsbild in Deutschland; vereinzelt, durch besonders emotionalisierende Ereignisse und Entwicklungen ausgelöste gewalttätige Aktionen sind jedoch immer wieder festzustellen. Ideologische Grundausrichtungen findet der Ausländerextremismus im Linksextremismus, Nationalismus und Separatismus.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Die Vielfalt und die Vielschichtigkeit des Ausländerextremismus spiegeln sich in ihrer ganzen Bandbreite auch im Saarland wider. Wie in den Vorjahren hatte die Beobachtung der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) Priorität.

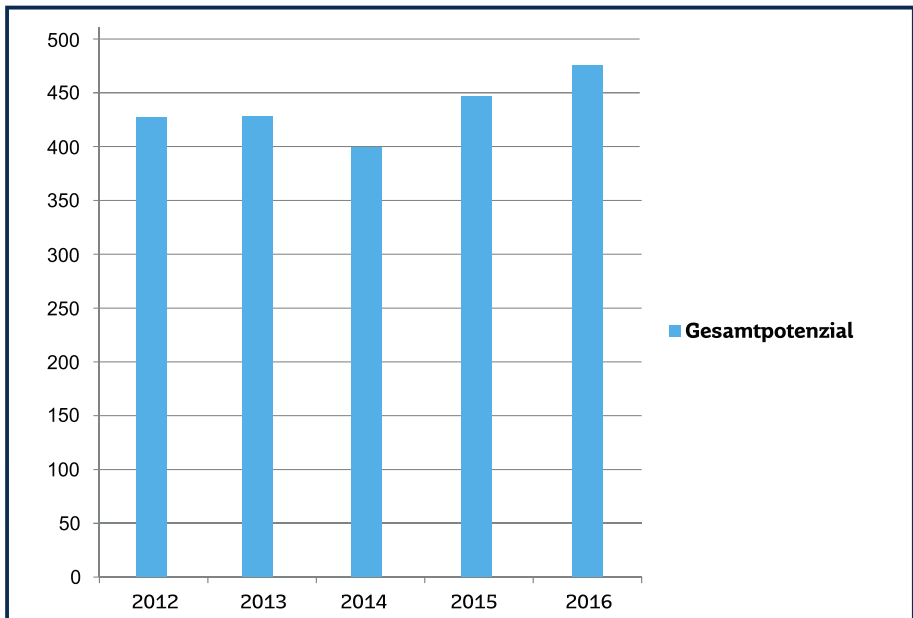
Die Stimmung unter der PKK-Anhängerschaft blieb infolge der krisenhaften Entwicklung in der Türkei mit Militäroperationen und u. a. auch gegen kurdische Oppositionelle gerichtete repressive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden nach dem Putschversuch zwar weiterhin angespannt. Zu spontanen Besetzungsaktionen sowie gewalttätigen Auseinandersetzungen mit nationalistischen Türken während oder am Rande von Kundgebungen kam es im Saarland bislang aber nicht. Demgegenüber begrüßen Aktivisten der „Ülkücü-Bewegung“ (türkisch nationalistisches Spektrum) das Vorgehen der türkischen Regierung. Ein im Saarland diesem Spektrum zuzurechnender Verein verhielt sich in diesem Zusammenhang ruhig und zurückhaltend.

1.3 Personenpotenzial

Das Gesamtmitgliederpotenzial ausländerextremistischer Gruppierungen hat sich im Saarland auf schätzungsweise 475 Personen (2015: 445) leicht erhöht. Bei PKK-Veranstaltungen traten auch türkische Linksextremisten wiederholt in Erscheinung. Die PKK selbst stellt sich im Saarland mit etwa 300 Mitgliedern/Anhängern und einem Mobilisierungspotenzial von bis zu 1.000 Personen als die zahlenmäßig größte und auf Grund ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit am stärksten wahrnehmbare Einzelgruppierung dar. Die Unterstützung der von der Organisationsführung initiierten Kampagnen und Aktionen durch die hiesige Anhängerschaft belegt erneut deren Einbindung in die streng hierarchisch gegliederte Gesamtorganisation.

Entwicklung des ausländerextremistischen Personenpotenzials im Saarland in den letzten fünf Jahren

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtpotenzial	430	430	400	445	475

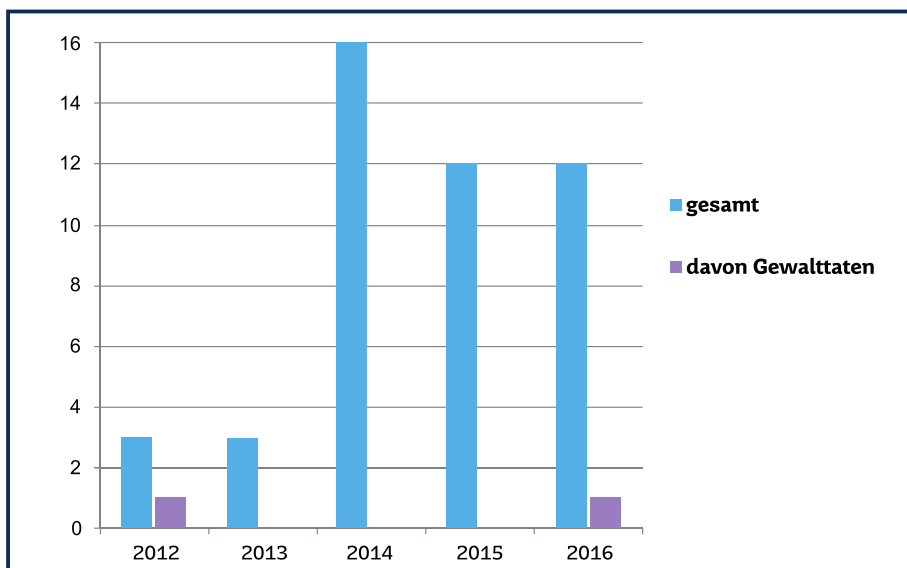


1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Die Zahl der im Saarland verübten Straftaten mit erwiesenem bzw. zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund lag mit elf Taten auf Vorjahresniveau. Neun Gesetzesverletzungen waren dem Bereich PKK zuzuordnen (u. a. Verstöße gegen das Versammlungs- und Vereinsgesetz); zwei Straftaten wurden von Personen aus dem nationalistischen türkischen Spektrum begangen, darunter eine Gewalttat (versuchte schwere Brandstiftung).

Entwicklung der Straftatenzahlen

	2012	2013	2014	2015	2016
gesamt:	3	3	16	11	11
davon Gewalttaten:	1	0	0	0	1



2. Einzelaspekte

2.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

2.1.1 Allgemeine Lage, Entwicklung



Seit der Aufkündigung des Friedenskurses im Sommer 2015 befinden sich die „Volkverteidigungseinheiten“ (HPG) der PKK in andauernden Kampfhandlungen mit der türkischen Armee. Auf die verschärften Militäroperationen im Südosten der Türkei reagierten die PKK-Guerillaeinheiten im vergangenen Jahr mit Anschlägen auf Militäreinheiten und Polizeistationen. Daneben bekannte sich die PKK-Splittergruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) zu mehreren terroristischen Attentaten in Ankara und Istanbul.

Die Militäroffensiven in der Türkei, im Irak sowie in Syrien gegen die PKK-Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) wie auch das repressive Vorgehen des türkischen Staates nach dem misslungenen Putsch vom 15. Juli in der Türkei mit Massenverhaftungen von Politikern der pro-kurdischen „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) führten in Westeuropa bzw. Deutschland, wo sich die PKK seit dem im Jahre 1999 eingeschlagenen „Friedenskurs“ um ein gewaltfreies Erscheinungsbild bemüht, zu Massenprotesten der PKK-Anhängerschaft. Dabei bildete das Schicksal des inhaftierten Kurdenführers Abdullah ÖCALAN einen Schwerpunkt der Propagandaaktionen.

Auf die verschärfte Sicherheitslage in der Türkei reagierten PKK-Jugendliche allerdings auch mit militanten Aktionen. Es kam in mehreren deutschen Städten zu Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen. Das angespannte Verhältnis zwischen Anhängern der PKK und des rechtsextremistisch-nationalistischen türkischen Spektrums führte auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern im Rahmen der Proteste.

Anfang des Jahres führten PKK-Anhänger, zum Teil unterstützt von türkischen und deutschen Linksextremisten, in zahlreichen deutschen Städten Kundgebungen durch und protestierten gegen die Militäroperationen im Südosten der Türkei. Abgesehen von Vorfällen in Heilbronn, wo es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, verliefen die Veranstaltungen störungsfrei.

Am 9. Januar erinnerten etwa 7.000 PKK-Anhänger in Paris unter dem Motto „Wir fordern Gerechtigkeit“ an die Ermordung von drei PKK-Aktivistinnen in der französischen Hauptstadt im Januar 2013. Wie bereits in den Vorjahren fanden über das ganze Jahr themenbezogene Kundgebungen und Mahnwachen in zahlreichen deutschen Städten (u. a. vor französischen Auslandsvertretungen) statt, in denen die Aufklärung der Morde gefordert wurde.

Hauptauslöser einer Protestwelle im Februar 2016 waren die Ausweitung von Einsätzen des türkischen Militärs und massive Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der PKK und türkischen Sicherheitskräften in der südostanatolischen Stadt Cizre. Hier sollen in der Nacht auf den 8. Februar bei einem Angriff von Sicherheitskräften auf ein Gebäude bis zu 60 Personen getötet worden sein. Noch am gleichen Tag fanden deutschlandweit kurzfristig angemeldete und störungsfrei verlaufene Proteste statt.

Am 13. Februar nahmen etwa 15.000 PKK-Anhänger an einer friedlichen Großdemonstration zum 17. Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANS (15. Februar 1999) in Straßburg teil. Ein Marsch der PKK-Jugend im Vorfeld der Demonstration von Stuttgart aus hatte hingegen in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit türkischstämmigen Personen geendet. Zudem wurden bundesweit mehrtägige Demonstrationsmärsche zu Länderparlamenten organisiert.

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes NEWROZ fand am 19. März in Hannover eine zentrale Großdemonstration mit etwa 12.000 PKK-Anhängern statt. In den Reden wurde die prekäre Situation der Bevölkerung in den kurdischen Siedlungsgebieten beklagt und die hierfür verantwortlich gemachte türkische Regierung kritisiert sowie eine Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland gefordert. Im gesamten Bundesgebiet fanden zahlreiche kleinere lokale Feierlichkeiten statt.

Vor dem Hintergrund der andauernden Militäroperationen im Südosten der Türkei und von drei Terroranschlägen der TAK Ende 2015 und Anfang 2016 nahmen im April auch die Konfrontationen zwischen rechtsextremistischen Türken und PKK-Anhängern in Deutschland erheblich zu. In einigen Städten, insbesondere in Köln, Stuttgart und Hamburg, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen pro-türkischen Demonstranten und kurdischen Aktivisten. Aus beiden Lagern heraus kam es zudem zu Angriffen gegen eingesetzte Polizeikräfte.

Ende Mai protestierten PKK-Anhänger in diversen deutschen Städten überwiegend friedlich gegen die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten der pro-kurdischen HDP im türkischen Parlament.

Im Juni und Juli forderten PKK-Anhänger im Rahmen einer Aktionskampagne weltweit die Freilassung von Abdullah ÖCALAN. Gleichzeitig richteten sie ihre Proteste gegen die politischen Beziehungen Deutschlands zur Türkei. In einer entsprechenden Erklärung der PKK-Europaführung hieß es, Deutschland verschließe die Augen vor den Massakern des türkischen Staates in „Kurdistan“ und habe im Rahmen seiner „gegen Kurden gerichteten Kriminalitätspolitik“ bereits zahlreiche „kurdische Politiker“ verhaftet. Durch dieses Vorgehen legalisiere Deutschland die „Massaker des türkischen Staates“.

Auf den gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juli reagierte die PKK zurückhaltend und sah in den Ereignissen einen „innertürkischen“ Konflikt. Die Sorgen der PKK galten hauptsächlich dem Gesundheitszustand Abdullah ÖCALANs, von dem es aufgrund einer Kontaktsperre seit April 2015 kein Lebenszeichen mehr gab. In diesem Zusammenhang sprach die PKK erstmals seit langem offen und unverhohlen erhebliche Drohungen für Leib und Leben türkischer Politiker aus. Ende Juli verstärkten PKK-Anhänger in Deutschland ihre Demonstrationen für den inhaftierten Kurdenführer. Im Rahmen der überwiegend friedlich verlaufenen Proteste führten kurdische Jugendliche Mitte August auch Besetzungsaktionen durch, so beispielsweise in Rundfunkanstalten (Düsseldorf, Duisburg) bzw. in Bahnhofsgebäuden (Dortmund, Essen) sowie auf den Flughäfen Köln/Bonn und Hamburg. Daneben traten Organisationsanhänger ab dem 23. August in einen unbefristeten Hungerstreik in Straßburg. Ende August gab die PKK zu verstehen, dass sich bei weiterer Weigerung der türkischen Regierung, Besuche bei ÖCALAN zu ermöglichen, „niemand mehr sicher fühlen dürfe“.

Das „24. Internationale Kurdische Kulturfestival“ fand am 3. September in Köln mit rund 28.000 Teilnehmern aus ganz Europa statt. Die friedliche Großkundgebung richtete sich gegen die Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs und die Politik des türkischen Staatspräsidenten ERDOGAN, insbesondere das militärische Vorgehen des türkischen Staates in Nordsyrien („Westkurdistan“, „Rojava“). Beim obligatorischen, dem Festival vorgeschalteten, „Marsch der Jugendlichen“ war es teilweise zu Auseinandersetzungen mit nationalistischen Türken gekommen.

Er wurde nach drei Tagen von der Polizei aufgelöst.

Nachdem Mehmet ÖCALAN am 11. September seinen Bruder Abdullah im Gefängnis besucht und anschließend verkündet hatte, dass der Kurdenführer zu einer Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit der Türkei bereit sei, wurde der am 23. August in Straßburg begonnene Hungerstreik mit einer zentralen Großdemonstration beendet.

Anlässlich des Jahrestages der Ausweisung ÖCALANs aus Syrien vor 18 Jahren (9. Oktober 1998), die in seine Festnahme und Verbringung in seine Heimat mündete, kam es zu Anschlägen durch die PKK-Guerillaeinheiten HPG und TAK in der Türkei. In zahlreichen deutschen Städten wurde dagegen mit überwiegend störungsfrei verlaufenen Kundgebungen an das Ereignis erinnert.

Sowohl das anhaltende militärische Vorgehen der Türkei in Nordsyrien u. a. gegen die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), militärischer Arm der PKK-Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ (PYD), als auch die repressiven Maßnahmen in der Türkei gegen die PKK und ihr nahe stehende Organisationen bzw. Parteien, wie etwa die Verhaftung der kurdischen Bürgermeisterin von Diyarbakir und ihres Stellvertreters am 25. Oktober, führten zu einer weiteren Emotionalisierung der PKK-Anhängerschaft in Deutschland. Diese erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt durch die Festnahme von insgesamt 12 Abgeordneten der pro-kurdischen HDP in der Türkei. Deutschlandweit kam es in der Nacht vom 3. auf den 4. November zu überwiegend friedlichen Protesten; allerdings verübten PKK-Jugendliche auch Brandanschläge auf türkische Einrichtungen, so u. a. am 4. November auf eine von nationalistischen Türken frequentierte Teestube in Essen sowie am 5. November auf ein Fahrzeug des türkischen Generalkonsulates in Hannover.

Anlässlich des 23. Jahrestages des PKK-Verbots in Deutschland (22. November 1993) und zum 38. Jahrestag der PKK-Gründung (27. November 1978) beteiligten sich PKK-Anhänger im gesamten Bundesgebiet an diversen Feierlichkeiten und Demonstrationen, die auch von Anhängern türkischer und deutscher linksextremistischer Organisationen unterstützt wurden.

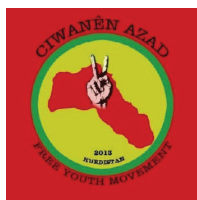
2.1.2 Struktur

Im Zuge der 2013 eingeleiteten Neustrukturierung der PKK in Europa hatte sich der europäische Dachverband PKK-naher Vereine von „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD) in „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (KCD-E) umbenannt. Die KCD-E bildet die PKK-Europaführung, in die auch die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) als politischer Arm integriert ist. Im Rahmen eines KCD-E-Kongresses im Juni benannte sich diese in „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ (KCDK-E) um und strukturierte ihre 31 Gebiete in Deutschland neu. Danach ist die bisherige Aufteilung in vier Sektoren („SAHAS“) für die Bereiche Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2 in Wegfall geraten und durch neun „EYALETs“ (Regionen) mit jeweils einem Regionsverantwortlichen ersetzt worden. Zur

„Region Saarland“ gehören die Bereiche Saarbrücken, Mainz und Ludwigshafen/Mannheim. Die Regionen gliedern sich in einzelne Gebiete; das „PKK-Gebiet Saarland“ ist in sieben Teilgebiete eingeteilt. Es reicht bis in die Westpfalz sowie nach Trier und umfasst den grenznahen Teil Luxemburgs.

Trotz des nach außen dargestellten Demokratisierungsprozesses ist die PKK weiterhin hierarchisch gegliedert. An der Spitze stehen Funktionäre, die in der Regel durch die europäische Leitungsebene der Organisation eingesetzt werden. Die Zuweisung auf die einzelnen Funktionen erfolgt zumeist nur für einen begrenzten Zeitraum. Die hauptamtlichen Kader der PKK sind ideologisch geschult und leben äußerst konspirativ an häufig wechselnden Orten. Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die PKK überwiegend der örtlichen kurdischen Vereine in Deutschland, die den Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen. Als deren Dachverband fungiert das „Demokratische kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland e.V.“ (NAV-DEM).

Im Saarland ist das „Kurdische Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V.“ (KGZ) Mitgliedsverein des NAV-DEM. Die Gebietsleitung nutzt das KGZ als Anlaufstelle, um Vorgaben der PKK-Führung organisatorisch umzusetzen. Das bedeutet nicht nur, die in ihrem Einzugsgebiet lebenden Kurden für die Ziele der PKK zu gewinnen, sondern ihnen auch den Rahmen für politische Schulungen zu geben und sie – u. a. über eine Facebook-Seite – für Veranstaltungen bzw. Demonstrationen sowie Spendenkampagnen zu mobilisieren.



Der Führungsanspruch der PKK ist darauf ausgelegt, auf möglichst viele Lebens- und Interessenbereiche einwirken zu können. Verschiedene Massenorganisationen bilden dieses Bemühen ab. So erfolgt die Mobilisierung der PKK-Jugend im Saarland durch die Jugendgruppierung „Ciwanan Azad Saarland“, die zu dem 2013 gegründeten europäischen Dachverband „Ciwanan Azad“ gehört. Sowohl die Jugendgruppierung als auch die im Saarland 2013 gegründete und dem „Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.“ (YXK) zugehörige Ortsgruppe „YXK-Saarland“ kommunizieren über Facebook und sind u. a. mit deutschen linksextremistischen Gruppierungen im Rahmen der „Kurdistanolidarität“ vernetzt.



Darüber hinaus wurde den anlässlich des Juni-Kongresses aufgestellten Vorgaben der Europaführung, wonach sich die Frauen zukünftig selbst organisieren sollen, im September Rechnung getragen und in Homburg die Fraueninitiative „Ekin Wan“ ins Leben gerufen. Die Einrichtung gehört zu

der im Januar 2016 gegründeten Dachorganisation „Union der Frauen aus Kurdistan in Deutschland“ (YJK-E), die wiederum Teil der PKK-Massenorganisation „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (TJK-E) ist.

2.1.3 Veranstaltungen/Aktivitäten der saarländischen Anhängerschaft

Orientiert an der Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei, Syrien und dem Irak sowie aus Sorge um die Gesundheit des inhaftierten Kurdenführers folgten PKK-Anhänger im Saarland den Organisationsvorgaben mit zahlreichen friedlich verlaufenen Protesten und beteiligten sich in diesem Sinne auch an überregionalen Veranstaltungen. Dabei zeigte sich, dass die Anhängerschaft bei besonderen Ereignissen auch kurzfristig in hohem Maße handlungsfähig ist.

An den KGZ-Veranstaltungen nahmen Personen des türkischen und deutschen linksextremistischen Spektrums teil. Die Protestaktionen wurden auch häufig in der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ thematisiert.

Folgende Aktivitäten sind hervorzuheben:

07.01.2016

Kundgebung des KGZ und der Jugendgruppierung „Ciwane Azad Saarland“ zur „Situation in Nordkurdistan“ mit 200 Teilnehmern; darüber hinaus kontaktierten PKK-Anhänger das Büro einer politischen Partei in Saarbrücken und forderten die Parteivertreter auf, sich des Konfliktes im Südosten der Türkei anzunehmen,

10. bis 12.02.2016

„Langer Marsch“ des KGZ unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN, Status für Kurdistan“ von Merzig nach Saarbrücken,

13.02.2016

Beteiligung von etwa 1.000 PKK-Anhängern und –Sympathisanten aus dem Saarland an einer zentralen Großkundgebung in Straßburg zum Jahrestag der Festnahme ÖCALANS,

15.02.2016

Protestaktion des KGZ zum o. g. Jahrestag und zur Situation in der Türkei mit 700 Teilnehmern in Saarbrücken,

19.03.2016

Beteiligung von saarländischen PKK-Anhängern an einer zentralen NEWROZ-Großdemonstration in Hannover,

05.04.2016

Beteiligung von etwa 100 saarländischen PKK-Anhängern an einer Kundgebung in Straßburg zum Geburtstag Abdullah ÖCALANs,

27.05.2016

Kundgebung des KGZ mit rund 80 Teilnehmern in Saarbrücken zur aktuellen Lage in den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten der Türkei,

23.06.2016

Beteiligung saarländischer PKK-Anhänger an einer zentralen Großkundgebung in Straßburg zur Freilassung ÖCALANs,

23.07.2016

Demonstration des KGZ mit 500 Teilnehmern im Rahmen einer Aktionskampagne zur Freilassung ÖCALANs und zum „4. Jahrestag der Rojava-Revolution“,

13.08.2016

Demonstration des KGZ in Saarbrücken gegen die Haftbedingungen ÖCALANs mit ca. 400 PKK-Anhängern,

03.09.2016

Beteiligung von saarländischen PKK-Anhängern am „24. Internationalen Kurdischen Kulturfestival“ in Köln,

08.10.2016

Saarländische Beteiligung an einer Demonstration in Straßburg zum Jahrestag der Ausweisung ÖCALANs aus Syrien (9. Oktober 2016),

26.10.2016

Kundgebung des KGZ gegen die Angriffe des türkischen Militärs auf „Rojava“,

04. und 05.11.2016

Spontankundgebung vor der Europagalerie aufgrund der Festnahme von HDP-Abgeordneten in der Türkei und anlassbezogene Demonstration des KGZ in Saarbrücken mit einer Beteiligung von über 1.000 Personen und

10.12.2016

Schweigemarsch des KGZ in Saarbrücken zur Lage in der Türkei mit 200 Teilnehmern.

2.2 „Ülkücü-Bewegung“ („Idealisten-Bewegung“)

2.2.1 Entstehung, Entwicklung



Die „Ülkücü-Bewegung“ hat ihre Ursprünge in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Sie ging aus der Turkisten/Turanisten-Bewegung, die sich als rassistisch und nationalistisch verstand, hervor. In den 1970er-Jahren kam der Islam als prägendes Element hinzu, und die „Ülkücü-Bewegung“ wurde zu einem Träger der so genannten „türkisch-islamischen Synthese“. In dieser Zeit organisierte sich die Bewegung erstmalig in Form einer politischen Partei, der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP). Später spaltete sich die Bewegung in mehrere kleinere Ausprägungen. Die türkische Nation wird von allen „Ülkücü“-Anhängern sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchster Wert erachtet.

Demzufolge umfasst die „Ülkücü-Bewegung“ ein breites Spektrum ultranationalistischen und rassistischen Gedankenguts. Zu den Erkennungszeichen der „Idealisten“ gehören u. a. der mit dem Finger der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“ sowie das Logo der MHP (drei weiße Halbmonde auf rotem Grund). Eine vereinfachte Darstellung davon ist der Schriftzug „CCC“.

Ereignisse in der Türkei sind für „Ülkücü“-Anhänger emotionaler Hauptbezugspunkt. Die angespannte Lage in der Türkei, im Nordirak und in Syrien findet immer wieder ihren Widerhall auch auf deutschen Straßen. So kam es beispielsweise im Frühjahr 2016 im Rahmen der so genannten Friedensmärsche gegen die PKK und den IS-Terror in zahlreichen deutschen Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und Kurden bzw. Linksextremisten. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurden dutzende Polizisten und Demonstranten verletzt. Mitglieder der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung beteiligten sich an zahlreichen Veranstaltungen. Der „Wolfsgruß“ wurde auf fast allen Demonstrationen gezeigt, um den politischen Gegner zu provozieren.

2.2.2 Struktur

Die türkische rechtsextremistische „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt/M. ist der größte „Ülkücü-Dachverband“ im Bundesgebiet. Sie ist die Aus-



landsvertretung der ultranationalistischen türkischen MHP. Bundesweit verfügt die streng hierarchisch gegliederte ADÜTDF über etwa 7.000 Anhänger, die sich in rund 160 Ortsvereinen engagieren. In der Organisationsstruktur ist Deutschland in mehrere Gebiete („Bölge“) unterteilt. In der Außendarstellung versucht die ADÜTDF, einen positiven legalistischen Eindruck zu vermitteln.

Daneben hat sich über die Jahre eine unorganisierte „Ülkücü-Bewegung“ herausgebildet. Ihr sind etwa 3.000 meist jugendliche Anhänger zuzurechnen, die hauptsächlich über das Internet vernetzt sind. Dort pflegen sie ihre Feindbilder und agitieren gegen ihre „Gegner“.

In Saarland ist ein „Türkischer Kulturverein“ mit Sitz in Saarbrücken der „Ülkücü-Bewegung“ zuzurechnen. Soweit feststellbar, gingen von dem Verein im vergangenen Jahr keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus.

2.3 „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)

2.3.1 Allgemeine Lage, Entwicklung



Die Tamilen bilden im Inselstaat Sri Lanka die größte Minderheit. Um Teilhabe an der Macht zu erlangen, führten die LTTE ab den 80er-Jahren Krieg für die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen tamilischen Staates im Nordosten des Inselstaates.

Im Mai 2009 wurden die LTTE-Kampfeinheiten militärisch zerschlagen. Die LTTE-Strukturen innerhalb der weltweiten tamilischen Diaspora sind jedoch überwiegend intakt geblieben und arbeiten auch nach der militärischen Niederlage weiter an einem Wiederaufbau der LTTE in Sri Lanka. Ganz im Sinne des im Bürgerkrieg gefallenen LTTE-Führers Velupillai PRABAKHARAN bleibt die Errichtung eines unabhängigen Staates „Tamil Eelam“ auf Sri Lanka ihr vorrangiges Ziel.

Seit Mai 2006 wird die nationalistisch ausgerichtete Separationsbewegung auf der Liste von Personen, Vereinigungen und Körperschaften zur Bekämpfung des Terrorismus des EU-Ministerrates (sog. „EU-Terrorliste“) geführt.

2.3.2 Struktur, Aktivitäten in Deutschland

Die LTTE ist in Deutschland in erster Linie propagandistisch tätig und verfügt über ca. 1.000 Anhänger.

Die tamilischen Vereine im Bundesgebiet – wie der „Tamilische Kulturverein e.V.“ in Saarbrücken – dienen als Anlaufstellen der Anhängerschaft und sind primär für das Sammeln von Spendengeldern, die Durchführung von Propagandaaktionen und die Mobilisierung für überregionale Veranstaltungen zuständig.

Der Saarbrücker Kulturverein sowie die tamilischen Schulen (so genannte „Tamilalayams“) in Saarbrücken, Sulzbach, Dillingen und Homburg bilden die legalen Strukturen der LTTE im Saarland. Insgesamt sind im Saarland ca. 35 Tamilen der LTTE direkt zuzurechnen; das Mobilisierungspotenzial liegt bei rund 200 Personen.

Innerhalb der tamilischen Diaspora im Saarland ist nach wie vor eine Tendenz zu politischer Teilnahmslosigkeit festzustellen. Zu verzeichnen waren im vergangenen Jahr daher nur wenige Aktionen im Saarland bzw. lediglich geringe Beteiligungen hiesiger Organisationsanhänger an überregionalen Veranstaltungen. Hierzu zählt eine Teilnahme von LTTE-Aktivisten an der Abschlussveranstaltung zum „Walk for Justice“ am 14. März in Genf, mit der auf die Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka aufmerksam gemacht werden sollte. Ein im Vorfeld am 29. Februar in Brüssel gestarteter „Radmarathon“ machte am 6. März in Saarbrücken Station und wurde von saarländischen LTTE-Aktivisten mit einer Kundgebung vor der Europagaleries unterstutzt. Am 27. November nahmen LTTE-Anhänger an einer Veranstaltung zum „Heldengedenktag“ in Dortmund teil.

V. Islamismus/Islamistischer Terrorismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Die Begriffe Islam und Islamismus werden in der öffentlichen Diskussion häufig gleichbedeutend verwendet oder verwechselt. Während die Bezeichnung Islam für eine Religion mit einer Vielzahl von Strömungen steht, bezeichnet Islamismus eine extremistische politische Ideologie, die den Anspruch erhebt, Herrschaftsideologie und Gesellschaftsordnung zu sein.

In letzter Konsequenz streben Islamisten nach einem „Gottesstaat“, in dem alle Staatsgewalt von Gott ausgeht und ausschließlich ein in weiten Teilen

im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung stehendes religiöses Recht strikt zu befolgen ist. Der Islamismus bedient sich dabei vordergründig einer religiösen Sprache sowie religiöser Argumentationsmuster und verwendet Symbole und Begriffe aus dem Islam, verfolgt jedoch tatsächlich das Ziel einer radikalen Veränderung des Staates und der Gesellschaft. Ihre Anhänger lehnen „von Menschen gemachte Gesetze“ ab und schrecken teilweise zur Durchsetzung ihrer Zielsetzungen auch nicht vor dem Einsatz von Gewalt zurück.

Als heterogene Bewegung hat der Islamismus im Laufe der Geschichte verschiedene Ausprägungen entwickelt, die von politisch legalistischen Organisationen über unterschiedliche missionarische Bewegungen bis hin zu militanten bzw. terroristischen Strukturen oder Netzwerken reichen, wobei die Übergänge fließend sind. Trotz gemeinsamer ideologischer Merkmale existieren verschiedene, teils konkurrierende Konzepte, welche von einer Ablehnung der Demokratie bis zur Beteiligung an Wahlen reichen. Erhebliche Unterschiede bestehen im Bereich der Gewaltorientierung.

Der Salafismus, eine besonders strenge und kompromisslose radikale Strömung eines „reinen und unverfälschten Islam“ gilt als einer der Wegbereiter des islamistischen Terrorismus und wird sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene als die derzeit dynamischste islamistische Bewegung betrachtet. Seine Anhängerschaft wird bundesweit auf etwa 10.000 Personen beziffert.

Salafisten glorifizieren den „ursprünglichen unverfälschten Islam“ des 7./8. Jahrhunderts und orientieren sich – um diesem möglichst nahe zu kommen – an der Lebensweise der ersten Muslime in der islamischen Frühzeit. Sie versuchen, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den von ihnen wörtlich verstandenen Prinzipien des Korans, dem Vorbild des Propheten Muhammad und den drei ersten muslimischen Generationen, den so genannten rechtschaffenen Altvorderen (arab.: „al-salaf- al-salih“), auszurichten. Sie lehnen die Demokratie kategorisch ab, negieren die „weltliche Gesetzgebung“ und stehen damit im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Selbst moderate Muslime oder solche, die ihre politischen und gesellschaftlichen Auffassungen nicht teilen, werden von Salafisten als „Ungläubige“ (arab.: „kuffar“) diffamiert.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Politische und jihadistische Salafisten teilen dieselben ideologischen Grundlagen, unterscheiden sich jedoch vornehmlich in der Wahl der Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele.

Politische Salafisten versuchen, ihre islamistische Ideologie durch intensive Propagandaaktivitäten (= Missionierung, arab.: „da`wa“) zu verbreiten und die Gesellschaft über eine Einflussnahme auf bzw. Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nach salafistischen Normen zu verändern. Teilweise positionieren sich Anhänger des politischen Salafismus nachdrücklich gegen Terrorismus und heben den friedfertigen Charakter des Islam hervor; offene Aufrufe zur Gewalt werden meist vermieden. Dennoch ist festzustellen, dass der politische Salafismus ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt pflegt, da religiös legitimierte Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht prinzipiell abgelehnt wird.

Jihadistische Salafisten (Jihadisten) dagegen erklären die Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen Ungläubige zur individuellen Pflicht eines jeden Muslim und berufen sich auf den „Jihad“. Für Jihadisten stellt Gewalt nicht nur ein Mittel neben anderen dar, sondern wird als der wichtigste und einzige Weg zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen angesehen („Gotteskrieger“).

Insbesondere auf junge Menschen und alle diejenigen, die sich in der Mehrheitsgesellschaft marginalisiert fühlen, wie z. B. ungefestigte, Sinn suchende Jugendliche und Heranwachsende, übt der Salafismus eine enorme Anziehungskraft aus. Mit dieser „Gegenkultur“ eines alternativen Lebensstils, markanten Alleinstellungsmerkmalen (Kleidung und Sprache) und einem detaillierten salafistischen Regelwerk für das tägliche Leben grenzen sich die Salafisten nach außen als eingeschworene Gemeinschaft mit intensivem Zusammengehörigkeitsgefühl ab. Durch diese Abgrenzung fühlt sich die Anhängerschaft als Teil einer Elite, als Vorkämpfer des „wahren Islam“, der Welt der Ungläubigen moralisch überlegen.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Die Anschläge von Istanbul, Brüssel, Nizza und Rouen, die Attacken von Hannover, Essen, Würzburg und Ansbach, insbesondere aber der Anschlag am 19. Dezember auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Todesopfern und mehr als 60 teils schwer Verletzten, haben im vergangenen Jahr deutlich gemacht, dass ganz Europa – und damit auch die Bundesrepublik Deutschland – nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus steht. Eine Veränderung dieser Situation ist nicht zu erwarten; vielmehr kann sich die fortgesetzt hohe Gefährdungslage jederzeit durch weitere terroristische Taten konkretisieren.

Die aktuelle Defensivsituation des so genannten „Islamischen Staates“ (IS) im Nahen Osten kann zu einer Verstärkung seiner aggressiven, vor allem gegen Europa gerichteten Auslandsstrategie führen. Diese beinhaltet offenbar neben komplexen multiplen Anschlagsvorhaben durch instruierte

Täter (insbesondere Rückkehrer, als Flüchtlinge getarnte und nach Europa geschleuste Kämpfer der Terrororganisation oder an der Ausreise gehinderte Personen) vor allem die Beeinflussung tatbereiter, einzeln agierender Personen durch die eigene Propaganda; hier wird der IS auch weiterhin Migrationsbewegungen ausnutzen und gezielt in seine Planungen einbeziehen. Insofern besteht die latente Gefahr, dass sich tatgeneigte, auch den Sicherheitsbehörden bislang unbekannt Personen im Inland weiter radikalisieren und beliebige Anlässe zum Tatauslöser werden.

Im vergangenen Jahr zeigte sich auch das verstärkte Bemühen terroristischer Gruppierungen, das Internet und die sozialen Medien als weitere Mittel einer hybriden Kriegsführung einzusetzen. Insbesondere die Möglichkeiten von Facebook, WhatsApp und zahlreicher anderer Messengerdienste werden dazu benutzt, neben der Verbreitung der eigenen Propaganda auch Kommunikationsstrukturen aufzubauen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Täter von Hannover, Würzburg und Ansbach über eine solche Kommunikationsstruktur vom Ausland her motiviert und sogar bis kurz vor der Tatausführung angeleitet („gecoacht“) wurden.

War nach der Ausrufung des „Kalifats“ durch den IS am 29. Juni 2014 zunächst ein deutlicher Anstieg der Ausreisezahlen festzustellen, ging die Zahl islamistisch motivierter Ausreisen aus Deutschland in Richtung Syrien/Irak seit Juli 2015 deutlich zurück. Parallel hierzu ist seit Anfang 2015 ein starker Anstieg an Erkenntnissen zu mutmaßlichen Todesfällen – wohl auf Grund des verstärkten Durchgreifens der Anti-IS-Koalition – zu verzeichnen. Ein Zusammenhang zwischen den rückläufigen Ausreisen und den militärischen Niederlagen sowie den territorialen Verlusten des IS in Syrien und im Irak kann unterstellt werden. Der Verlust des Nimbus der Unbesiegbarkeit geht zudem einher mit einer größeren Gefahr für Leib und Leben im „Kalifat“. Eine weitere Ursache dürfte in den Aufforderungen der IS-Führung, zu Hause zu bleiben und dort Anschläge zu verüben, zu sehen sein. Abhängig vom weiteren Verlauf des Konflikts wird eine steigende Zahl ausländischer Kämpfer in ihre Heimatländer zurückkehren und dort ein für die Sicherheitsbehörden generell nicht kalkulierbares Bedrohungspotenzial darstellen.

Aktuell (Stand: Mai 2017) liegen Erkenntnisse zu mehr als 930 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Der überwiegende Teil der ausgereisten Personen ist jünger als 30 Jahre, etwa ein Fünftel weiblich. Nicht in allen Fällen liegen Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien/Irak aufhalten

oder aufgehalten haben; teilweise werden die Ausreisen erst mit zeitlicher Verzögerung bekannt. Etwa ein Drittel dieser gereisten Personen befindet sich momentan wieder in Deutschland. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine belastbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen beteiligt haben. Als Ergebnis der kontinuierlichen Aus- und Bewertung der Erkenntnislage zu Rückkehrern liegen den Sicherheitsbehörden aktuell zu über 70 Personen Erkenntnisse vor, wonach diese sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben. Ferner liegen zu ca. 145 Personen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind.

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bestrebt, möglichst viele Ausreisepansionen frühzeitig wahrzunehmen, um deren Verwirklichung zu unterbinden; die Anzahl behördlich tatsächlich verhinderter Ausreisen bewegt sich im niedrigen dreistelligen Bereich.

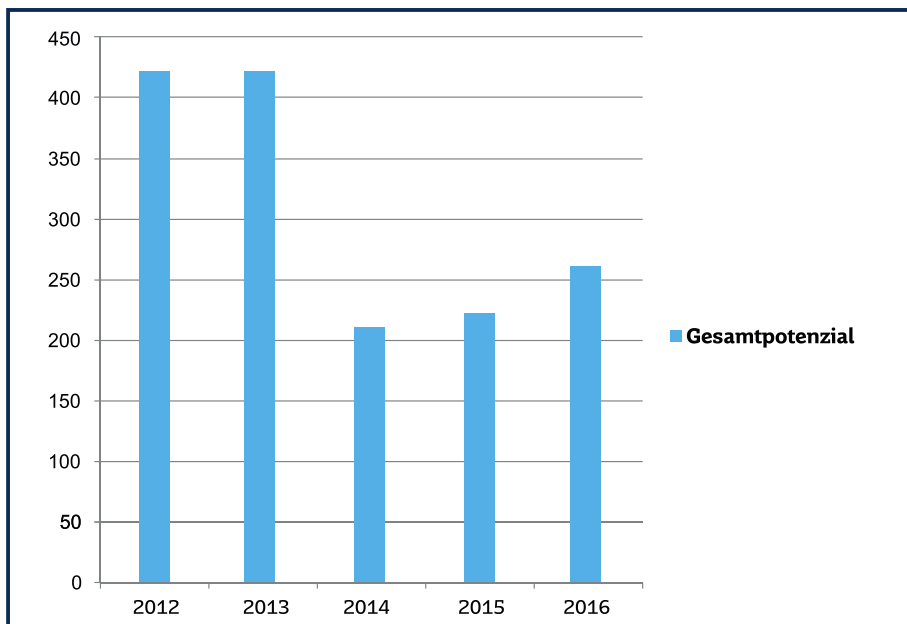
Im Saarland konnten bis dato keine Erkenntnisse zu realisierten islamistisch motivierten Reisebewegungen nach Syrien/Irak gewonnen werden.

1.3 Personenpotenzial

Das Mitglieder-/Anhängerpotezial der dem Beobachtungsbereich Islamismus/Islamistischer Terrorismus zugeordneten Organisationen, Gruppierungen und Einzelaktivisten im Saarland belief sich im abgelaufenen Jahr auf insgesamt etwa 260 Personen (Vorjahr: ca. 220).

Entwicklung des islamistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtpotenzial	420	420	210	220	260



Hinweis: Der signifikante Rückgang in 2014 beruht auf der Streichung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) als Beobachtungsobjekt im Saarland.

Dem Phänomenbereich des Salafismus werden dabei rund 200 Personen (Vorjahr: ca. 150) zugerechnet, die nahezu in Gänze im politischen Salafismus zu verorten sind; ca. 10 % gelten als gewaltorientiert. Etwa 10 % sind weiblich, der Anteil an Konvertiten beträgt ca. 5 %. Den zahlenmäßig größten Anteil bildet die Personengruppe im Alter von 26 bis 35 Jahren (ca. 50 %), 18- bis 25-Jährige machen etwa 25 % aus, unter 18-Jährige ca. 5 %. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beträgt über 90 %.

1.4 „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK)

Die Zahl der im Saarland verübten Straftaten mit erwiesenem bzw. zu vermutendem islamistischem Hintergrund lag mit 9 Taten (keine Gewalttat) signifikant über der Marke des Vorjahres (2015: 1). Den überwiegenden Anteil der Straftaten stellten im Berichtszeitraum Gewaltdarstellungen (§ 131 StGB) und Bedrohungsdelikte (§ 241 StGB) dar; des Weiteren wurden jeweils eine Straftat nach § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung), § 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) sowie § 303 StGB (Sachbeschädigung) festgestellt.

Hinweis: Die Straftatenzahlen für den Bereich Islamismus werden an dieser Stelle erstmals gesondert ausgewiesen; bisher waren diese in den Angaben für den Bereich Ausländerextremismus enthalten.

2. Einzelaspekte

2.1 Islamistischer Terrorismus

Im Saarland wurden in der Vergangenheit Informationen zu wenigen Einzelpersonen bekannt, die eine Ausreise nach Syrien geplant haben sollen. Bislang konnten allerdings keine Erkenntnisse gewonnen werden, die auf realisierte islamistisch motivierte Reisebewegungen nach Syrien/Irak hindeuten.

Das im LfV Saarland bereits seit Jahresmitte 2015 zu konstatierende stark erhöhte Hinweisaufkommen von Seiten anderer (Sicherheits-) Behörden, Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger auf Personen, die sich radikalisiert bzw. islamistischen Gruppierungen angeschlossen haben oder selbst radikalisierend auf andere einwirken sollen sowie auf Flüchtlinge, die einen jihad-salafistischen Vorlauf haben und Mitglieder einer islamistisch-terroristischen Organisation im Ausland sein sollen, setzte sich auch im vergangenen Jahr unvermindert fort.

Die entsprechenden Fälle bildeten den Arbeitsschwerpunkt einer im Herbst 2015 eingerichteten besonderen Arbeitseinheit innerhalb des LfV. Die interdisziplinär zusammengesetzte Führungsgruppe, die Auswertungs- und Beschaffungskompetenzen vereint, stellt hierbei eine effiziente, systematische, strukturierte und nachvollziehbar dokumentierte Bearbeitung der eingehenden Hinweise und der sich daraus ergebenden Fälle sowie eine enge Kooperation mit dem saarländischen Landespolizeipräsidium (LPP) sicher. Die bisherigen Erfahrungswerte in diesem Zusammenhang zeigen, dass sich die konzentrierte Bearbeitung aller Hinweise, Verdachtsfälle und Gefährdungssachverhalte in einer entsprechenden Arbeitseinheit bewährt hat und mit dieser Struktur die besonderen Herausforderungen in dem Arbeitsfeld, in dem die Sachverhalte oftmals einen unspezifischen Charakter aufweisen bzw. auf frühere Aktivitäten in der syrisch-irakischen Krisenregion abheben und sich folglich nur sehr schwer eindeutig verifizieren bzw. falsifizieren lassen, letztlich am effektivsten bewältigt werden können.

Im Jahr 2016 wurden rund 200 terroristische Verdachtsmeldungen mit Saarlandbezug registriert, darunter ca. 120 Fälle mit Bezug zum IS. Aufgrund des hohen Gefährdungspotenzials wurden diese Sachverhalte schwerpunktmäßig operativ bearbeitet. Der größte Teil der Verdachtsfälle konnte zwischenzeitlich in enger Abstimmung mit dem LPP mit hinreichender Wahrscheinlichkeit falsifiziert werden. Dies bedeutet, dass nach einge-

hender Bewertung in diesen Fällen der Eintritt eines gefährdenden Ereignisses für eher unwahrscheinlich gehalten wurde.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass der größte Teil des Hinweisaufkommens zu potenziellen Gefährdungssachverhalten einen Migrationsbezug hatte und die wenigsten Verdachtspersonen einen nachweisbaren terroristischen Hintergrund aufwiesen. Nichtsdestotrotz konnte beobachtet werden, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Verdachtspersonen über militärische oder paramilitärische Erfahrungen verfügt und mit der salafistischen Ideologie sympathisiert. Ob bzw. inwieweit sich daraus perspektivisch ein erhöhtes Gefährdungspotenzial ergibt, bleibt abzuwarten.

2.2 Islamismus im Saarland



Das breite Spektrum islamistischer Bestrebungen ist in Teilen auch im Saarland vertreten bzw. in einigen Erscheinungsformen ideologisch oder organisatorisch mit Gruppierungen oder Einzelpersonen aus dem Saarland verbunden. Häufig nicht auf den ersten Blick erkennbar, bestehen solche Verbindungen z. B. zur „Hizb Allah“ (HA), zur „Muslimbruderschaft“ (MB) und auch zur „Tabligh-i-Jama’at“- Bewegung (TJ).

Obgleich im Berichtszeitraum keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von Salafisten festgestellt werden konnten, war dennoch eine deutliche Belebung hiesiger personeller und organisatorischer Strukturen bei salafistischen Erscheinungsformen zu verzeichnen. Der hiesigen Klientel dienten weiterhin insbesondere Vereine in Sulzbach und Merzig als Anlaufstellen; weitere Ansätze waren darüber hinaus für die Landeshauptstadt festzustellen. Nach wie vor ist die Szene nahezu in Gänze dem politischen Salafismus zuzurechnen; Gewalt bzw. Jihad befürwortende Tendenzen sind lediglich bei etwa 10% ansatzweise erkennbar.

Im Berichtszeitraum hat das Interesse der islamistischen Szene am Syrienkonflikt bzw. das Engagement für Flüchtlinge nachgelassen; Spenden- bzw. Sammelaktionen für Syrien wurden nicht bekannt. Personen des hiesigen salafistischen Spektrums engagierten sich nur in Einzelfällen für Flüchtlinge. Belastbare Erkenntnisse für eine gezielte Missionierungsarbeit (d a `wa

konnten nicht gewonnen werden. Allerdings werden die entsprechenden Moscheegemeinden - insbesondere auch die unter salafistischem Einfluss stehenden – weiterhin von einer Vielzahl von Flüchtlingen besucht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass hierbei weniger die ideologische Ausrichtung der Moschee, sondern praktische Erwägungen wie die Wohnortnähe oder die Herkunft des Imams aus dem arabischen Sprachraum ausschlaggebend sind.

VI. Spionage-/Sabotageabwehr, Wirtschaftsschutz

Die Bundesrepublik ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie mit Weltmarktführung sowie wegen ihrer politischen Rolle in der EU und NATO ein Zielgebiet für fremde Nachrichtendienste. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert Nachrichtendiensten fremder Staaten die Informationsbeschaffung. Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind derzeit die russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind vornehmlich Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas nachrichtendienstlich in Deutschland aktiv.

Die Nachrichtendienste dieser Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen und halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort sogenannte Legalresidenturen. Darunter versteht man Stützpunkte eines fremden Nachrichtendienstes, abgetarnt in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung im Gastland.

Die dort angeblich als Diplomaten oder Journalisten tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter betreiben entweder selbst offene oder verdeckte Informationsbeschaffung oder leisten Unterstützung bei nachrichtendienstlichen Operationen, die direkt von den Zentralen der Nachrichtendienste in den Heimatländern geführt werden. Daneben führen Nachrichtendienste auch Operationen ohne Beteiligung ihrer Legalresidenturen durch.

Fremde Nachrichtendienste handeln nicht allein nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen, sondern werden politisch gesteuert. Die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsaktivitäten orientieren sich an den aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Die Aufklärungsziele ausländischer Nachrichtendienste umfassen eine breite Palette von der Politik, Wirtschaft und Militär bis zur Wissenschaft und Technik. Nachrichtendienste einiger Staaten (wie Iran, Syrien, China) legen ihren Aufklärungsschwerpunkt auch auf die Ausspähung von hier leben-

den Oppositionellen. Um ihr Aufklärungsziel zu erreichen, versuchen diese Nachrichtendienste, ausgewählte Personen aus der Oppositionsbewegung mit dem Ziel einer Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit anzusprechen. Bei Ablehnung wird den betroffenen Personen oder ihren in der Heimat lebenden Angehörigen oftmals mit Repressalien gedroht.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und neuer weltpolitischer Konstellationen hat die Bedeutung der Wirtschaftsspionage in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Zentrum der Ausforschung durch fremde Nachrichtendienste stehen wegen ihres enormen ökonomischen Potenzials auch Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Staaten mit Technologierückstand sind besonders an der Beschaffung von Informationen über Fertigungstechniken und technischem Know-how interessiert, um auf dem Markt mit kostengünstiger gefertigten Nachbauten wettbewerbsfähig zu sein oder die Kosten für eigene Entwicklungen und Lizenzgebühren zu sparen. Technisch und wirtschaftlich hoch entwickelte Staaten interessieren sich mehr für wirtschaftspolitische Strategien, sozialökonomische und politische Trends, Markt- und Unternehmensstrategien, komplexe Fertigungstechniken bis hin zu Informationen über Preisgestaltungsmodalitäten und Zusammenschlüssen von Unternehmen. Daher kommt der Sensibilisierung, Information und Aufklärung von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage eine hohe Bedeutung zu.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder (sogenannte Risikostaat) wie z.B. Iran und Nordkorea) darum, in den Besitz von Technologien für atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen und die dafür erforderlichen Trägersysteme zu gelangen sowie die hierzu erforderlichen Güter und das entsprechende Know-how zu erwerben (Proliferation). Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägertechnologie sind als Gesamtprodukte auf dem freien Markt nicht erhältlich. Deshalb versuchen die Proliferation betreibenden Staaten systematisch Kontrollmaßnahmen, durch Lieferung von Teilprodukten über Drittländer und durch die Beschaffung von „Dual-use“-Produkten, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, zu umgehen.

Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie ein Zielgebiet für entsprechende Beschaffungsbemühungen dieser Risikostaat. Deshalb sind in Deutschland seit Jahren intensive und stetig ansteigende Beschaffungsbemühungen zu verzeichnen.

Eine besondere Gefahr mit Zielrichtung „Wirtschaftsspionage/ Proliferation“ stellen die in sehr hoher Zahl festgestellten „Elektronischen Angriffe“ auf Computersysteme von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen

gen dar. Angesichts der ausgewählten Ziele und der angewandten Methodik erscheint eine staatlich gelenkte nachrichtendienstliche Steuerung in vielen Fällen als sehr wahrscheinlich.

„Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung für fremde Nachrichtendienste entwickelt und ergänzen als zusätzliche Informationsquelle die bislang eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel. Neben der Informationsgewinnung sind auf diesem Weg verbreitete „Schadprogramme“ auch in der Lage, Sabotagefunktionen auszuführen, die gerade beim Einsatz gegen sensible Infrastrukturen erhebliche Auswirkungen haben können.

Auf Behörden zielende „Elektronische Angriffe“ mit nachrichtendienstlichem Hintergrund waren auch im vergangenen Jahr wieder festzustellen. Fallzahlen belegen die weiterhin hohe Gefährdung für die Informationssicherheit von Bundesbehörden und sonstiger staatlicher Stellen durch solche Angriffe. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Infiltration des IT-Netzwerkes des Deutschen Bundestages im Sommer 2015, die eine Abschaltung des Systems und einen partiellen Neuaufbau erzwang.

Im vergangenen Jahr scheiterte ein Angriff auf Rechner von saarländischen CDU-Politikern. Unter Nutzung einer falschen Absenderangabe der Europäischen Union wurde versucht, die Adressaten dazu zu bewegen, einen mit einem Trojaner verseuchten Anhang einer Mail zu öffnen. Da in einigen Fällen die Mails auf Dienstrechner weitergeleitet wurden, bestand auch eine Gefährdung für das Netz der Landesverwaltung.

Nach den bisher vorliegenden Analysen ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl dieser Attacken einen staatlich gelenkten nachrichtendienstlichen Hintergrund besitzt. Die zur Durchführung der Angriffe erforderlichen Infrastrukturen und die sehr hohe Qualität und Zielrichtung deuten auf Parallelen zu früheren Angriffen aus China und Russland hin. Auch ist nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer nicht erkannter „Elektronischer Angriffe“ auf deutsche Wirtschaftsunternehmen auszugehen.

Nicht zuletzt hat die sogenannte „NSA Affäre“ klargemacht, dass elektronische Spionageaktivitäten auch von sog. „befreundeten Staaten“ ausgehen. Die Aktivitäten „befreundeter Staaten“ müssen künftig bei der Spionageabwehr stärker als bisher berücksichtigt werden. Dazu wurden im Verfassungsschutzverbund bereits neue Bearbeitungsansätze konzipiert, die künftig mit einem „360 Grad Blickwinkel“ Spionagetätigkeiten aller Staaten erfassen.

Neben der Verfolgung einzelner Spionageaktivitäten, die häufig schwer zu erkennen sind, ist die Prävention durch die Sensibilisierung von saarländischen Unternehmen ein wichtiger Aspekt. Gerade kleine und mittelständige Unternehmen verfügen häufig im Hinblick auf Firmensicherheit weder über die notwendigen personellen noch finanziellen Ressourcen. Sie unterschätzen nach den Erfahrungen der Verfassungsschutzbehörden oft die möglichen Risiken für ihr Unternehmen. Diese Fehleinschätzung kann unter Umständen existenzielle Folgen haben. Die Spionageabwehr unterstützt daher saarländische Firmen und Forschungseinrichtungen, bei denen aufgrund von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen bekannt ist, dass sie möglicherweise im Zielspektrum fremder Nachrichtendienste stehen könnten.

Durch Sensibilisierung und Beratung werden dabei Vorgehensweisen und potenzielle Gefahren durch Wirtschaftsspionage angesprochen und Schutzmaßnahmen/Verhaltensregeln bei Geschäftsreisen in Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken anhand von Beispielen verdeutlicht. Saarländische Firmen, die geschäftliche Kontakte nach China, in die GUS-Staaten und in den Iran unterhalten, werden über Spionagerisiken und die bekanntgewordenen Methoden fremder Nachrichtendienste aufgeklärt.

Für diese Sensibilisierungen hat der Verfassungsschutzverbund die Broschüren „Wirtschaftsspionage - Risiko für Ihr Unternehmen“ und „Proliferation“ sowie Merkblätter mit Sicherheitshinweisen und Verhaltensweisen, z.B. bei Geschäftsreisen, erstellt. Diese können über das Saarländische Landesamt für Verfassungsschutz bezogen oder unter www.verfassungsschutz.de heruntergeladen werden.

Mitarbeiter der Spionageabwehr stehen für eine persönliche Beratung zur Verfügung. Nehmen Sie Kontakt auf über info@lfv.saarland.de

Anhang

In dem vorstehenden Bericht sind folgende extremistische Organisationen bzw. Gruppierungen genannt, die im Berichtszeitraum im Saarland strukturell vertreten und aktiv waren:

zu II. Rechtsextremismus Organisationen:

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Die soziale
HEIMATPARTEI

Quelle: <https://npd.de>

NPD-Landesverband Saar einschließlich seiner lokalen Teilvertretungen



Die soziale Heimatpartei
SAARLAND

Quelle: www.npd-saar.de

„Freie Bürger Union“ (FBU)



Quelle: www.bpb.de

Partei „Die Rechte“

DIE RECHTE

Quelle: www.die-rechte.com

Partei „Der Dritte Weg“



Quelle: www.der-dritte-weg.info

Identitäre Bewegung



IDENTITÄRE BEWEGUNG

Quelle: <https://identitaere-bewegung.de>

Hammerskin“ (HS) Chapter Westwall



Quelle: <http://bremer-schattenbericht.com/wp-content/uploads/2013/05/HN-logo.jpg>

Rechtsextremistische Bands:

Jungsturm

Hunting Season

Wolfsfront

Kameradschaften:

Sturmdivision Saar



Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/mages/6550501854.jpg>

zu III. Linksextremismus

Linksextremistische Parteien:

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)



Quelle: <http://www.dkp.de/>

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)



Quelle: <http://www.mlpd.de/>

Gewaltorientierte autonome Szene:

„Antifa Saar/ Projekt AK“



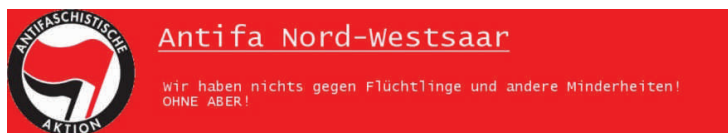
Quelle: <http://antifa-saar.org/>

„... resist! Unsere Solidarität gegen ihre Repression!“



Quelle: <https://www.facebook.com/>

„Antifa Nord-Westsaar“



Quelle: <http://antifa-nordwestsaar.de.tl/>

„Solidarische Rose Homburg/ Zweibrücken“



Quelle: <https://www.facebook.com/>

„umsGanze! – kommunistisches Bündnis“ (uG)



kommunistisches Bündnis

Quelle: <https://umsganze.org/>

Gewaltorientierte antiimperialistische Szene:

„Libertad!“
„Libertad!“ Saar



Quelle: <http://www.libertad.de/>

„Rote Armee Fraktion“ (RAF)



Quelle: <https://de.wikipedia.org>

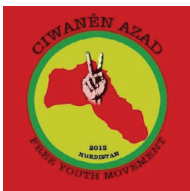
zu IV: Ausländerextremistische Organisationen (ohne Islamismus):

„Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)



Quelle: <https://de.wikipedia.org>

„Ciwanên Azad Saarland“



Quelle: <https://www.facebook.com/>

„Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.“ (YXK)



Quelle: <https://www.facebook.com/>
<http://www.yxkonline.com/>

„Union der Frauen aus Kurdistan in Deutschland“ (YJK-E)

„Ülkücü-Bewegung“ („Idealisten-Bewegung“)



Quelle: <https://de.wikipedia.org>

„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF)



Quelle: <http://turkfederasyon.com/>

„Liberation Tigers of Tamil Ealam“ (LTTE)



Quelle: <https://en.wikipedia.org>

zu V. Islamismus/ Islamistischer Terrorismus:

„Hizb Allah“ (HA)



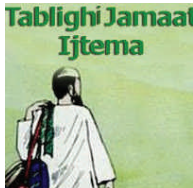
Quelle: <http://rehmat1.com/2008/08/13/hizballah-the-party-of-allah/>

„Muslimbruderschaft“ (MB)



Quelle: <http://europenews.dk/>

„Tabligh-i-Jama'at“ - Bewegung (TJ)



Quelle: <http://tablighijamaatijtema.blogspot.de/>

„Islamischer Staat“ (IS)



www.bmi.bund.de

**Ministerium für
Inneres, Bauen und Sport**
Franz-Josef-Röder-Str. 21
66119 Saarbrücken

E-Mail:
lagebild-verfassungsschutz@
innen.saarland.de

www.innen.saarland.de
 /innen.saarland

- **Ministerium für
Inneres, Bauen
und Sport**

